

## Rezensionen

**Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie. Giessener sozialwissenschaftliche Dissertationen, 511 S., VSA-Verlag Hamburg 2001, 29,70 Euro**

Heinrich Brandler (1881-1967) war ein deutscher Kommunistenführer, der von ehemaligen „linken“ Kommunisten, die wie er aus der KPD ausgeschlossen worden sind, ebenso wie von der parteioffiziellen KPD/SED-Geschichtsschreibung diffamiert wurde und dessen Lebensleistung im wesentlichen von Autoren gewürdigt wurde, die mit seinen Ideen sympathisierten. Jens Becker hat nach mehreren Vorarbeiten mit seiner politischen Biographie ein verdienstvolles, durch seine Materialfülle geradezu erdrückendes Werk vorgelegt. Er wertet die Akten von 13 Archiven aus, einschließlich des Russischen Zentrums zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, und eine umfangreiche Literatur. Anmerkungsapparat, Quellen- und Literaturverzeichnis haben einen Umfang von 131 Seiten. Ein Personenregister fehlt leider.

Becker spannte den Bogen von Brandlers Kindheit im Sudetenland, das damals zum Kaiserreich Österreich gehörte, bis zu seiner politischen und publizistischen Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nach seiner Rückkehr aus der kubanischen Emigration. Stets leuchtet er dabei den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund des jeweiligen Zeitabschnitts aus, insbesondere die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften. Der politische Aufstieg dieses Mannes bis zu seinem Höhepunkt im Jahre 1923, in dem in einer Publikation der Ruf nach einer „Brandler-Regierung“ zu vernehmen war, wurde erschwert durch zwei Benachteiligungen. Als Maurer hatte er schon früh einen schweren Unfall, der ihn zum Krüppel machte. Seitdem hatte

er einen Buckel und „riesenhaft breite Schultern“, was an den Glöckner von Notre-Dame erinnerte. Als Ausländer wurde er wegen politischer Agitation dreimal ausgewiesen, was ihn jedes Mal zwang, wieder von vorn anzufangen, aber seinen Erfahrungshorizont erweiterte. Die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt er erst in der Novemberrevolution 1918, als er zum Schein als Staatssekretär in die bayrische Revolutionsregierung eintrat. Von anderen Kommunistenführern unterschied ihn, daß er seinen für richtig gehaltenen politischen Grundüberzeugungen bis an sein Lebensende treu blieb, sie niemals um des eigenen Vorteils willen verriet und niemals eine entwürdigende Selbstkritik übte.

Großes Gewicht mißt Becker Brandlers Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär in der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit und als Gewerkschaftspolitiker in der KPD und in der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) bei. Angesichts dieser Spezialisierung ist nicht ganz nachvollziehbar, daß Brandler zweimal, im Februar 1921 und im August 1922, an die Spitze der KPD gewählt wurde (die von Becker benutzten Funktionsbezeichnungen „Parteivorsitzender“ und „1. Sekretär der Zentrale“ hat es damals noch nicht gegeben). Becker kann das auch nicht schlüssig erklären, wobei er richtig darstellt, daß Brandler Gegenspieler sowohl in der Führung der KPD als auch in der Kommunistischen Internationale (KI) hatte. Nach seiner Flucht aus der Festungshaft, zu der er wegen seiner Verantwortung für die Märzaktion 1921 verurteilt worden war, ging er nach Moskau, wo er sich von Oktober 1921 bis Juli 1922 aufhielt, Stellvertreter des RGI-Generalsekretärs Losowski und Vertreter der KPD im Exekutivkomitee der KI (EKKI) wurde. Seine Moskauer Jahre waren für seine darauf folgende Rolle als Führer der KPD eine gute Schulung.

Der Leipziger Parteitag (Januar/Februar 1923) illustrierte, wie zerrissen die KPD

in ihrem Schicksalsjahr war. In den von der Zentrale eingebrachten „Leitsätzen zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“ hat sich die Partei die Aufgabe gestellt, im Kampf gegen die Tagesnöte das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats zu heben. Die Arbeiterregierung als Regierung der Arbeiterparteien KPD und SPD sollte als ersten Schritt alle Lasten, welche die verheerende Wirtschafts- und Finanzpolitik der bürgerlichen Regierungen noch potenzierte, auf die Besitzenden abwälzen. Am Ende dieses Machtaneignungsprozesses durch das Proletariat werde die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Diktatur stehen. Die „linke“ Opposition, die von der Polleiterin des Bezirks Berlin-Brandenburg, Ruth Fischer, geführt wurde, warf der „rechten“ Mehrheit Leisetreterei vor den Sozialdemokraten vor und die Zurückstellung der Rätediktatur, die das einzige Etappenziel sei. Während für die Leitsätze der Zentrale 118 Delegierte stimmten, brachte es die Opposition mit eigenen Leitsätzen immerhin auf 59 Delegierte. Obwohl drei gemäßigte „Linke“ in die Zentrale gewählt wurden – für den Fall der Wahl von Fischer und Maslow hatten in der Polbüro-Sitzung am 23. Januar alle Mitglieder bis auf Pieck den Verzicht auf ihre eigene Kandidatur angekündigt –, gab die Opposition keine Ruhe. Anfang Mai mußte in Moskau eine Konferenz von Vertretern beider Richtungen mit dem EKKI abgehalten werden, die mit einem Kompromiß endete: Einstimmig wurde die Politik der Zentrale bis auf einige Formulierungen des Leipziger Parteitages (Anknüpfung an die demokratischen Illusionen der Massen der SPD-Arbeiter) gebilligt. Als Gegenleistung wurden einige „Linke“, unter anderen Fischer und Thälmann, in die Parteiführung gewählt. Die massiven Angriffe der „Linken“ auf die Zentrale-Mehrheit hörten jedoch nicht auf, eskalierten sogar Anfang Oktober während der Aufstandsvorbereitungen in Moskau. Wenn Becker

es als Kardinalfehler Brandlers bezeichnet, daß er auf Druck des EKKI zahlreiche Disziplinverstöße der Opposition tolerierte und auf organisatorische Maßnahmen gegen ihre Wortführer verzichtete, verkennt er, daß das nicht durchsetzbar war. Er selbst vermerkt, daß sich Ruth Fischer der Sympathien des EKKI-Vorsitzenden Sinowjew erfreute.

Der „deutsche Oktober“ bleibt bei Becker etwas blaß, weil er nicht deutlich genug herausstellt, warum das russische Politbüro konkrete Aufstandsvorbereitungen ausarbeiten ließ. Trotzki und Sinowjew, die damals wichtigsten Rivalen um die Nachfolge Lenins, mußten von der Mehrheit des Politbüros davon abgehalten werden, in Deutschland die Führung des Aufstandes zu übernehmen. Daß Stalin in einer Politbürositzung von der Notwendigkeit sprach, eine gemeinsame Grenze mit Deutschland zu schaffen, damit die Rote Armee der deutschen Revolution zu Hilfe kommen könne, illustriert die Ernsthaftigkeit dieser Pläne. Ebenso Sinowjews gegen den Widerstand Brandlers durchgesetzte Weisung an die Zentrale der KPD, in die sächsische Regierung einzutreten, von dort aus 50.000 bis 60.000 Arbeiter zu bewaffnen und den zuständigen Wehrkreisbefehlshaber, Generalleutnant Müller, zu „ignorieren“. Auch Becker vermag nicht zu erklären, warum Brandler während seines Moskau-Aufenthaltes im September/Oktober 1923 in seiner Rede auf dem Parteitag der Polnischen Arbeiterpartei und in einem Artikel in der Petrograder „Prawda“ maßlos übertriebene Angaben über die militärischen Aufstandsvorbereitungen der KPD machte.

Die nach der Chemnitzer Konferenz (21. Oktober 1923) von Brandler durchgesetzte Verschiebung des Aufstandes, der zu einem hoffnungslosen Kampf und einem schweren Aderlaß für die Kommunisten geführt hätte, wurde vom Hauptverantwortlichen für die Aufstandsvorbereitungen, Sinowjew, noch Anfang No-

vember gutgeheißen. Ende November verurteilte er sie jedoch, als die in Deutschland anwesenden EKKI-Delegierten Radek und Pjatakow im innerrussischen Machtkampf für seinen Rivalen Trotzki Partei ergriffen. Damit sollten sie zusammen mit Brandler zu Sündenböcken für die „Oktober-Niederlage“ gestempelt werden. Brandler wurde aus der Parteiführung entfernt, die „Linken“, die sich die Enttäuschung der Mitglieder über das Ausbleiben des erhofften Sieges zunutze machten, erlangten auf dem 9. Parteitag (April 1924) eine überwältigende Mehrheit und betrieben, wie Ruth Fischer noch 1948 selbstzufrieden vermerkte, „die vollständige Auswechslung der Leitungen vom Zentralkomitee bis zum Ortsgruppenfunktionär“. Auf dem V. Weltkongreß der KI (Juni/Juli 1924) wurden „Brandlerismus“, „Radekismus“ und „Trotzkismus“ gebrandmarkt. Damit verbunden war eine völlige Abkehr von den Einheitsfront-Beschlüssen des III. und des IV. Weltkongresses.

Brandler mußte in Moskau bleiben, wo er zum Vizepräsidenten der Roten Bauern-Internationale (Kresintern) ernannt wurde. Sein engster Weggefährte, August Thalheimer, wurde Professor für Philosophie an der Sun-Yat-Sen-Universität. Beide übten, mittlerweile Mitglieder der KPdSU(B), Solidarität mit dem ZK dieser Partei gegen die trotzkistische Opposition. Auf Betreiben der KPD-Führung fand im März 1925 gegen Brandler, Radek und Thalheimer ein Parteiverfahren vor der Zentralen Kontroll-Kommission (ZKK) der KPdSU(B) statt. Ihnen wurde „Fraktionstätigkeit“ vorgeworfen. Das Verfahren führte jedoch, zum großen Ärger der deutschen Parteiführung, nicht zu ihrem Parteiausschluß, aber ihnen wurde die Mitarbeit in der KPD und in der KI untersagt. Becker meint, das milde Urteil sei wohl auf die Einsicht zurückzuführen, daß die „Rechten“ im Grunde „ergebene Kommunisten“ waren. Die ihnen nahege-

legte „Reueerklärung“ an KPD und KI lehnten sie jedoch ab. Brandler wurde die ihm mehrmals verweigerte Rückreise nach Deutschland vom Sekretariat der KI erst gestattet (Oktober 1928), als er damit drohte, bei der Deutschen Botschaft in Moskau einen Pass zu beantragen.

Nach Deutschland zurückgekehrt, mußten er und andere „Rechte“ sehr schnell feststellen, daß ihre Bemühungen, „die KPD zu erobern“, trotz der Verwicklung Thälmanns in die Wittorf-Affäre (Unterschlagungen) aussichtslos waren. Denn der Parteiapparat hatte in der Fischer- und Thälmann-Ära die Mitglieder entmündigt, und Stalin machte die von der ZK-Mehrheit beschlossene Amtsenthebung Thälmanns rückgängig. Becker hebt hervor, daß sich der harte Kern, der Ende 1928 die KPD (Opposition) gründete, „in Zielen und Grundsätzen nicht wesentlich vom offiziellen Kommunismus“ unterschied. Trotz des überdurchschnittlichen Engagements der Mitglieder – im Oktober 1929 waren es 5.112 – vermochte die neue Partei gegenüber dem übermächtigen Apparat der KPD wenig auszurichten. Dieser bekämpfte die KPO gnadenlos mit gewalttätigem Hass. Brandler griff auf die Einheitsfronttaktik zurück und erstrebte eine organisatorische Loslösung der Arbeiter vom „Reformismus“, wobei „verschiedene Taktiken, verschiedene Stufen der organisatorischen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten als sinnvoll galten“. Die von KPD und RGI geforderte Zerstörung der Gewerkschaften lehnte er entschieden ab. Ausführlich referiert Becker die Beiträge der KPO zur marxistischen Theorie, für die ihr nur ihr Publikationsorgan „Gegen den Strom“ und Broschüren zur Verfügung standen. In ihnen glänzte Thalheimer durch herausragende „Faschismus-Analysen“. Erbittert reagierte Brandler im Sommer 1931 auf den von Erich Mielke und anderen Kommunisten verübten Polizistenmord auf dem Berliner

Bülowplatz und die Unterstützung des von NSDAP, DNVP und Stahlhelm initiierten Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtags durch die KPD. Die Chance eines Zusammengehens mit der 1931 von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) wurde vertan, wobei Brandler und Thalheimer vorgeworfen wurde, die Stalinsche Politik in der Sowjetunion zu verteidigen „und ihre Kritik auf deutsche und damit in Zusammenhang stehende KI-Angelegenheiten“ zu beschränken.

Dieses ambivalente Verhältnis zur Sowjetunion zeichnete Brandler auch in der Emigration aus (bis 1940 in Frankreich, anschließend auf Kuba). Er verurteilte die Volksfrontpolitik und den von Stalin gesteuerten Vernichtungsfeldzug gegen mißliebige linke Parteien und Gruppen im Spanischen Bürgerkrieg, rechtfertigte aber den ersten Moskauer Schauprozeß (1936) und den Hitler-Stalin-Pakt (1939). Die Schauprozesse der Jahre 1937 und 1938, in denen alte Weggefährten wie Radek, Pjatakow und Bucharin verurteilt wurden, verdammte er jedoch als eine Schändung der proletarischen Diktatur durch die Stalinsche Bürokratenclique.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland (1949) engagierte sich Brandler in der Redaktion der „Arbeiterpolitik“. Er wollte aus ihr wie Lenin aus der „Iskra“ den Führungskern einer neu zu bildenden kommunistischen Partei machen. Am 31. August 1952 sagte er dem Rezensenten optimistisch, der Gruppe Arbeiterpolitik, wie sich die neue Organisation nannte, gehörten 4.000 Mitglieder an, nicht weniger als zu Beginn der Februarrevolution 1917 in der bolschewistischen Partei organisiert waren. 1956, schreibt Becker, sah er verbittert seinen Versuch, eine „qualifizierte Kadergruppe“ zu schaffen, als gescheitert an. Er wollte sich nicht damit abfinden, daß Wirtschaftswunder und soziale Marktwirtschaft von einem Großteil der Arbeiterschaft akzeptiert wurden. Bis zuletzt schrieb er für die In-

formationsbriefe der aus einer Spaltung hervorgegangenen Bremer Gruppe Arbeiterpolitik Leitartikel, in denen er an Lenins Avantgardetheorie festhielt.

Sein Verhältnis zur Sowjetunion und zur DDR waren bestimmt durch die „geschichtliche Hoffnung... auf den naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg des Kommunismus“. Zu einzelnen Ereignissen nahm er differenziert Stellung. Der 17. Juni 1953 war für ihn kein „konterrevolutionärer Akt“; aber die Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956 billigte er, weil das Herauslösen Ungarns aus dem sozialistischen Lager verhindert werden mußte. Obwohl er im „Neuen Deutschland“ als amerikanischer Agent diffamiert wurde und die SED-Führung ihn auf Schritt und Tritt bespitzeln ließ, stellte der „Kommandosozialismus“ für ihn trotz aller Widrigkeiten einen „historischen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus dar“.

*Otto Wenzel*

**„hier brauchen sie uns nicht“. Maxim Vallentin und das deutschsprachige Exiltheater in der Sowjetunion 1935-1937. Briefe und Dokumente. Herausgegeben von Peter Diezel. (akte exil. Eine Schriftenreihe des Instituts für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften (IKK) der Freien Universität Berlin, hrsg. von Hermann Haarmann, Bd. 1) Bostelmann & Siebenhaar. Berlin 2000. 320 S., 24,80 Euro.**

**Günter Agde: Kämpfer. Biographie eines Films und seine Macher. Das Neue Berlin. Berlin 2001. 207 S., 19,90 Euro.**

Mit den Dokumentationen über den Regisseur Max Vallentin und dem Meshrabpom-Film „Kämpfer“ liegen zwei weitere interessante Publikationen über das Wirken exilierter Künstler in der Sowjetunion vor. Die vorbildlich eingeleitete und kommentierte Quellene-

dition des ausgewiesenen Theaterwissenschaftlers Peter Diezel ist der erste Band der vom IKK der FU Berlin betreuten Schriftenreihe „akte exil“. Sie „versteht sich als Forum der Dokumentation, der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Auswertung von Quellen, die Zeugnis ablegen von den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur.“ (S. 9) Diezels Arbeit über das künstlerische Schaffen Maxim Vallentins - Begründer des Deutschen Theaterinstituts in Weimar und langjähriger Intendant des Ostberliner Maxim Gorki Theaters - im sowjetischen Exil offeriert einer Fachleserschaft dessen bislang unveröffentlichten Briefwechsel mit seiner Frau Edith. Der streckenweise sehr persönliche, um nicht zu sagen intime, Schriftverkehr umfaßt den Zeitraum von 1935 bis 1937, als der Regisseur, und Begründer des Deutschen Theaterinstituts in Weimar und langjähriger Intendant des Ostberliner Maxim Gorki Theaters, und die Schauspielerin am Gebietstheater Dnjepropetrowsk und am Deutschen Staatstheater in Engels wirkten. Er illustriert eindrucksvoll die Beteiligung und die letztendlich mißlungene Integration deutscher Theater-Emigranten und –„Spezialisten“ an der bzw. in die sowjetische Kultur.

Insbesondere die Materialien des aus der Agitproptruppen-Bewegung stammenden (Leiter des „Roten Sprachrohrs“) und 1935 durch den Internationalen Revolutionären Theaterbund in die UdSSR eingeladenen M. Vallentin enthalten eine Reihe bisher unbekannter Fakten und Hintergrundinformationen über theater-spezifische Arbeitsprobleme (u. a. Regieführung und -konzepte, Kaderfragen und Rollenbesetzung, Leitung und Administration).

Ergänzt wird der schriftliche Gedankenaustausch des Ehepaars, der auch weit über 30 deutsche Theaterkollegen mehr oder weniger indirekt tangiert, durch zeitgenössische Beiträge aus der sowjetischen Presse (hauptsächlich Theaterkriti-

ken) sowie durch weitere Dokumente und Fotos, die der Herausgeber im Archiv der Akademie der Künste in Berlin und im Rußländischen Staatlichen Archiv für sozialpolitische Geschichte in Moskau erschließen konnte.

Ein Großteil der Publikation veranschaulicht, wie die ins Land gerufenen Theaterspezialisten und Politemigranten ab 1936 in das stalinistische Räderwerk aus Verdächtigungen, Intrigen und Verleumdungen gerieten und das antifaschistische Theaterprojekt in Engels scheiterte.

Bei einigen vorgestellten Dokumenten drängt sich unwillkürlich der Vergleich zu dem von Reinhard Müller edierten Protokoll der von Denunziationen und Selbsterniedrigungen durchzogenen, tribunalartig verlaufenen Versammlung der deutschen Schriftsteller vom September 1936 auf. (S. 129 ff., 230 ff.) Hinsichtlich der Ereignisse in der Hauptstadt der Wolgarepublik wird gleichfalls deutlich, daß in einer Atmosphäre des politisch-ideologisch angeheizten Verfolgungswahns auch persönliche Aversionen und berufliches Konkurrenzdenken (Angst um den eigenen Arbeitsplatz) der rußlanddeutschen Schauspieler gegenüber den Fremden aus dem Reich („bourgeoise Nationalisten“ S. 281 ff.) eine nicht unwesentliche Rolle spielten.

Im Vergleich zu anderen deutschen Kulturschaffenden - der US-amerikanische Wissenschaftler David Pike geht von 70% Verhafteter aus - ging die „Große Tschistka“ für Edith und Maxim Vallentin bei allen erlittenen Ängsten und Existenznöten (kein Einkommen, keinen eigenen Wohnraum) noch relativ harmlos aus. Nach dem Verlust des Arbeitsplatzes am 1. September 1937 folgte am Ende des Monats der Ausschluß aus der KPD. Ob Max Vallentin danach vom NKWD kurzzeitig verhaftet war, konnte Diezel auch nach der Rücksprache mit dessen Sohn Thomas nicht klären (S. 49 ff.).

Auf Veranlassung von Herbert Wehner und Georgi Dimitroff wurden die Eheleute bereits im April oder Mai 1938 wieder parteipolitisch rehabilitiert und M. Vallentin im Sommer d. J. als Sprecher für deutschsprachige Sendungen beim Moskauer Radio fest angestellt.

Der Filmhistoriker Günter Agde dokumentiert in seinem Band die Entstehungsgeschichte des 1935 in Moskau produzierten Spielfilms „Kämpfer“ und das Schicksal der an und in ihm mitwirkenden deutschen Antifaschisten. Diese nach Agde „einzige wirklich abgeschlossene Kollektivleistung“, an der ausschließlich exilierte Künstler teilhatten (S. 187), behandelt den Reichstagsbrandprozeß von 1933 mit seinem Held Georgi Dimitroff im Mittelpunkt und parallel dazu den sich entwickelnden proletarischen Widerstand gegen das NS-Regime in einer deutschen Kleinstadt. Im „Kämpfer“ sind in einmaliger Art und Weise Film- und Gesellschaftsgeschichte miteinander verknüpft. In ihm fokussieren sich Menschenschicksale, Kunstleistungen und nicht zuletzt Politik. Allein die Tatsache, daß über Zweidrittel aller am Film beteiligten Personen ab 1936 vom stalinistischen Massenterror erfaßt wurden, spricht dabei für sich.

Die umfangreich illustrierte Dokumentation, die sich eher an ein breites, an historischen Themen interessiertes Publikum richtet, orientiert sich in ihrer Anlage an der Stabliste des Films, der den Anteil eines jeden Mitwirkenden namentlich aufführt (S. 13). Neben den mehr oder weniger ausführlichen biographischen Darstellungen werden darüber hinaus solche für das Verständnis der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Films notwendigen Exkurse, wie z. B. „Meshrapom-Film Moskau“, „Zensur und Abnahme“ und „Rehabilitierungen“ dargeboten.

Innerhalb der Gliederungspunkte offeriert die Publikation eine Mischung aus biographischen Fakten, Dokumenten

bzw. Auszügen und erläuternden Einschüben. Besonders hervorhebenswert erscheinen hier dem Rezensenten die russischsprachigen Primär- und Sekundärquellen, die hier zum Teil erstmals für den deutschen Leser zugänglich gemacht wurden.

Leider verzichtet der Herausgeber, wie bereits bei seiner Dokumentation über „Die „Greußener Jungs“ (Dietzverlag 1995) auf eine Kommentierung der historischen Texte und Materialien. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Masse der Buchkonsumenten ohne eine solche, eigentlich übliche Herangehensweise, alle Namen und Fakten richtig in die zeitgenössischen Zusammenhänge einordnen kann. Parteipseudonyme sollten z. B. nach Möglichkeit den entsprechenden politischen Akteuren („Richter“ = Hermann Schubert, S. 17) zugeordnet werden. Andere in den Quellen erwähnte Personen ([Wanda] Bronskaja, S. 133; [Walter] Bertram, Baron, [Willy Delvendhal] Delfental, S. 160) wurden aus unbekanntem Gründen nicht einmal im Personenregister aufgenommen. In diesem Zusammenhang ist es auch unverständlich, warum ein eigentlich als Einleitungssessay angelegter, erläuternder Text am Ende des Bandes als Nachwort erscheint. Eine gewisse Hilfestellung bei der Erschließung der Dokumente hätte auch ein Abkürzungsverzeichnis leisten können.

Die Stärken der Dokumentation liegen eindeutig bei der Darstellung der filmgeschichtlichen Aspekte. Weniger gründlich und konsequent war Agde bei den biographischen Recherchen und der Abfassung der Schauspielerporträts. Hier sind vermeidbare Lücken, ungenaue Formulierungen und Fehler anzumerken. Hermann Greid war z. B. niemals „Mitarbeiter des Nationalkomitees 'Freies Deutschland'“. (S. 141). Rudolf Margies wurde am 31. Mai 1937 in Donskoe erschossen. Über Erich Mateblowski vermerken die Kaderunterlagen der KPD u. a.: „Kam am 26.6.1933 als Grenzüber-

läufer mit Kaatsch ..., emigrierte aus Feigheit, macht unwahre Angaben, versuchte durchaus in Moskau zu bleiben, kam 6 mal aus der Provinz zurück. Frau und Kinder fuhren 1935 nach Deutschland zurück.“ Die Lebensdaten von Gertrud Steier, ab 1958 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED, können dem 1997 im Dietzverlag erschienenen „SED-Handbuch“ entnommen werden. Die 1889 geborene Schauspielerin Ida und nicht Ada von Bastinella emigrierte 1935 in die UdSSR. Dort wurde sie im Oktober 1942 aus der KPD ausgeschlossen. Ein Jahr nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion beging sie im November 1955 „Republikflucht“. Biographische Angaben liegen weiterhin auch zu Anna und Rudolf Nehls vor.

Zu Gestaltung und Platzaufteilung des Manuskripts ist schließlich kritisch anzumerken, daß die etwa ein Drittel einer Buchseite einnehmende, als Filmstreifen gestaltete und für Szenenbilder aus dem „Kämpfer“ vorgesehene Kopfzeile in auffällig vielen Fällen leer bleibt.

*Peter Erler*

**Michael Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906-1978). Diktatur und Widerstand 1. Hamburg: Lit, 2001 [Zugl.: Berlin, Univ., Diss. 2000].**

Mit seiner Dissertation über den Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906-1978) leistet Michael Kubina sowohl einen wertvollen Beitrag zur Besatzungsgeschichte Berlins als auch zur Widerstandsgeschichte gegen die sich etablierende SED-Diktatur.

Kubinas Studie zur politischen Biographie Weilands, eingebettet in eine Kollektivbiographie seines Kreises, fußt auf dem umfangreichen Nachlaß Weilands sowie einer Fülle von Materialien aus zumeist Berliner Archiven, nicht zuletzt

aus dem ehemaligen Zentralarchiv des MfS, sowie nicht wenigen Materialien aus Privatbesitz.

Ausführlich setzt sich Kubina mit dem Widerstandsbegriff auseinander. Als Biograph interessiert ihn vor allem das „Selbstverständnis der sich Verhaltenden bzw. Handelnden, ihre Motivation und ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Perspektiven“. Um hier alle Facetten erfassen zu können, plädiert er für einen biographischen Ansatz. Insgesamt beklagt er, daß der Widerstand gegen die SED-Herrschaft und die sowjetischen Okkupanten in der SBZ/DDR - anders als der Widerstand gegen den Nationalsozialismus - „noch nicht allgemein als positiver Bestandteil freiheitlicher Bestrebungen (auch der ‚Linken‘) in der deutschen Geschichte anerkannt“ sei. Dies gelte in besonderem Masse für die Aktivitäten im Kalten Krieg der vierziger und fünfziger Jahre (S. 54).

Zwischen 1945 und 1950 versuchte Weiland mit den Überlebenden aus den linksoppositionellen und rätekommunistischen Gruppierungen aus der Weimarer Zeit eine Sammlungsbewegung freiheitlicher Sozialisten zu schaffen. Diese "Gruppen Internationaler Sozialisten" (GIS) wurden eine der ersten antibolschewistischen Widerstandsorganisationen in Berlin und der SBZ. Auch der Name ihrer Zeitschrift „Neues Beginnen“ wollte an rätekommunistische Traditionen im Sinne einer Durchdringung der großen Arbeiterparteien SPD und KPD mittels einer Kader-Elite anknüpfen. Doch die alte Arbeiterbewegung gab es nicht mehr und die Teilnahme am demokratischen Neuaufbau in Deutschland erwies sich als Notwendigkeit. Verfolgt von der SED-Abwehr und der sowjetischen Staatssicherheit sah Weiland sich schon bald gezwungen, in den Westen zu gehen, wo er mit den Amerikanern Kontakt aufnahm. Das Milieu der viergeteilten Stadt verdeutlichen biographische Skizzen von Repräsentanten der Gegner im Propaganda-

und Geheimdienstkrieg Berlins, wie Stephan Thomas und Karl-Heinz Gerstner. Für Weilands Kontakt mit amerikanischen Dienststellen spielte Ernest J. Salter eine wichtige Rolle. Er war nach 1945 zunächst in Ostberlin als Redakteur tätig. Nach seiner Übersiedlung in den Westteil der Stadt stieg er durch Vermittlung Ernst Reuters zum Leiter der Ostredaktion der „Neuen Zeitung“ auf. Als solcher unterstützte er 1949 vorbehaltlos Weilands GIS. Schließlich sollte Salter 1955 durch Willy Brandts Vermittlung Abteilungsleiter für Ostfragen beim Sender Freies Berlin werden (S. 368).

Für die SED-Abwehr gehörten Weiland und seine Freunde spätestens seit 1947 zu den Hauptfeinden. Am 11. November 1950 ließ sie ihn aus Westberlin entführen. Zwei Jahre später wurde er nach erpreßten Geständnissen in der DDR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach insgesamt acht Jahren konnte er das Zuchthaus Brandenburg-Görden verlassen. Die letzten zwanzig Jahre seines Lebens verbrachte er in Westberlin, wo er jedoch dem „Zersetzungspotential“ des MfS ausgeliefert blieb. Gegen ihn wurde beispielsweise beim DGB Wilhelm Gronau tätig, seit den 50er Jahren Agent der HVA bzw. zuvor des Abwehrapparates der SED, Weilands Verhältnis zu Herbert Wehner störte dessen Vertrauter Otto Weil, ebenfalls ein alter Agent Ostberlins (S. 439 f.).

Kubina interessieren die Aktivitäten von westlichen Geheimdiensten, SPD, SED und sowjetischer Staatssicherheit in Kreisen der "heimatlosen Linken" (1948-1949) in der Vier-Mächte-Stadt Berlin. Vor dem Leser tut sich ein wahrer Geheimdienstsumpf auf. Kubina schildert hier die Versuche der französischen Besatzungsmacht, eine alternative kommunistische Partei zu gründen (S. 337 ff.) oder Willy Brandts Bemühen im Juni 1949, im Einverständnis mit den Amerikanern eine vom Ostbüro der SPD unabhängige Geheimorganisation zu schaffen,

die nicht nur die „wackeligen Elemente“ in anderen Parteien bearbeiten, sondern auch die jüngeren in Opposition zur SPD-Führung stehenden Mitglieder der eigenen Partei unter Beobachtung stellen sollte. Für die Berliner Situation bezeichnend hatte Brandt mit Otto Schlömer dafür einen Mann ausgesucht, der im Geheimen für die SED-Abwehr tätig war. Bereits einige Monate früher hatte dieser Brandt in Ostberlin als „maßgebenden Mann“ avisiert und sich systematisch an ihn herangemacht (S. 341 ff.). Schließlich wird sogar Alfred Weiland in einer MfS-Akte als IM genannt, ohne daß Kubina dies kommentieren kann (S. 57 Anm. 218).

Die Darstellung des Aufbaus des Abwehrapparates der KPD/SED 1945-50 und seiner Methoden sowie das enge Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen der sowjetischen Besatzungsmacht verdienen ein besonderes Interesse, gilt der Autor hier mit recht als Kenner der Materie.

Kubina berührt wahrlich ein breites Spektrum an historischen Zusammenhängen bzw. Fragestellungen. Er gibt zum Beispiel nicht nur einen Überblick über den Forschungsstand zu den Rätekommunisten und würdigt ihren Platz in der Geschichte des Kommunismus in Deutschland, er thematisiert auch die Reichstagsbranddebatte. Offenbar hatten Weilands Freunde seinerzeit Verbindung zu Marinus van der Lubbe und Weiland hatte sich deshalb in den 60er Jahren aktiv an der Täterdebatte beteiligt, ohne jedoch Substantielles beitragen zu können (S. 113-127). Die gebotene Materialfülle und die interessanten, doch auch weit-schweifigen Ausflüge sowie der bewußte Verzicht des Autors auf Zusammenfassungen und Systematisierungen erschweren dem Leser letztlich die Orientierung. Hier hilft das umfangreiche Register weiter. Trotz dieser Kritik ist die Arbeit für weitere Forschungen zur Widerstandsgeschichte und zur Geschichte der Geheim-

dienste im Nachkriegsdeutschland nicht zuletzt durch die ausführlichen Quellenverweise in den Fußnoten von großem Wert.

*Michael F. Scholz*

**Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. (= Zeithistorische Studien, hrsg. vom ZZf Potsdam; Band 18) Böhlau Verlag Köln Weimar Wien 2001, 366 S., 38 Euro**

**Martin Sabrow: Das Diktat des Konenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949 – 1969. (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; Band 8) R. Oldenbourg Verlag München 2001, 488 S., 44,80 Euro**

In den kommunistischen Staaten Europas kursierte in der Bevölkerung ein Witz, der klar und unverstellt die herrschende Ideologie und das offizielle Geschichtsbild charakterisierte: „Frage: Was ist am Sozialismus am schwersten vorherzusehen? Antwort: Die Vergangenheit.“

Es wäre übertrieben zu behaupten, mehr als die hinter diesem Witz stehende Weisheit und Erkenntnis über die DDR-Geschichtswissenschaft bräuchte man nicht zu wissen, um diese prägnant einschätzen zu können. Gleichwohl, da die DDR-Geschichtswissenschaft nur noch wenige interessiert und ohnehin nur wenige Produkte zu bieten hat, die gegenwärtig als diskussionswürdig erachtet werden, reicht es an sich zu wissen, daß die Historiographie in der DDR den Auftrag besaß, die SED-Herrschaft historisch zu legitimieren und diesem Auftrag auch weitgehend – ohne daß ihr dies freilich gelungen wäre – nachkam. Am Ende der DDR stellte sich die Geschichtswissenschaft, um aus einem Aufruf von Anfang 1990 zu zitieren, weitgehend als „ein ungenießbarer Brei aus Lügen und Halb-

wahrheiten“ dar, den schon längst keiner mehr löffeln wollte.

Doch ungeachtet dieser Einschätzung existiert seit Jahren in Deutschland eine kleine, in sich sehr heterogene Gruppe von Historikern, die die DDR-Geschichtswissenschaft von allen Seiten „beforschen“ - und immer wieder, je nach Standpunkt, mittels großer Studien belegen, was ohnehin bekannt ist. Natürlich gibt es dabei ganz verschiedene Ansätze, mit der DDR-Geschichtswissenschaft umzugehen. Das ist legitim, ja, man möchte fast ausrufen, wenn es nicht so peinlich und abgegriffen wäre, das ist auch gut so. Mit den neuen Büchern von Mario Keßler und Martin Sabrow, beide am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam tätig, liegen nun zwei weitere Bücher vor, die sich der DDR-Geschichtswissenschaft historisch nähern und dabei im Detail eine Fülle neuer Kenntnisse vorbringen.

Mario Keßler zählt, wenn man einmal die von Sabrow und anderen vorgenommene Unterteilung des Diskurses über die DDR heranzieht („apologetischer Diskurs“, „normativ-anklagender Diskurs“ und „kritisch-historisierender Diskurs“) wohl am ehesten zum apologetischen, d.h. daß alte Regime verteidigenden Lager. Keßler hat eine Monographie vorgelegt, die wegen der Materialfülle besticht, aber wegen Keßlers Werturteilen an Überzeugungskraft einbüßt. Im Kern der Arbeit wählte Keßler von den 22 remigrierten Historikern 9 aus und stellt sie in längeren biographischen Skizzen vor. Ihm geht es dabei um die Frage, welche Motive die Rückkehrer hatten, in der DDR zu wirken und welche Ziele sie beim Aufbau einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR hegten. Dies versucht er anhand der Biographien von Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Hans Mottek, Albert Schreiner, Karl Obermann, Ernst Engelberg, Leo Stern, Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge darzulegen. Keßler gelingt es,

die Widersprüchlichkeit in den individuellen Biographien vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und sozialer Prägungen herauszuarbeiten. Er verharmlost dabei keineswegs die DDR-Wirklichkeit, sehr wohl aber verzerrt er sie, indem sie bei Keßler aus der Perspektive von überzeugten Kathederkommunisten reaktiviert wird. Wenn man auch dies noch hinnehmen mag, so ist doch völlig unverständlich, warum Keßler mit dem wissenschaftlichen Werk der genannten Historiker weitgehend unkritisch umgeht. Kuczynski war ganz zweifellos eine hervorragende Persönlichkeit mit einem immensen Arbeitspensum, der zudem eine große Schülerschaft hervorbrachte. Aber hätte man nicht einmal vorsichtig fragen dürfen, was von dessen annähernd 4.000 Publikationen voraussichtlich Bestand haben dürfte? Und natürlich waren auch Leo Stern und Alfred Meusel außergewöhnlich imposante Erscheinungen, die viele Jahre als Funktionäre prägend für den Wissenschaftsbetrieb waren. Aber was zeichnete sie eigentlich als Historiker aus? Ernst Engelberg bleibt natürlich der marxistische Bismarck-Biograph. Die voluminöse Biographie ist eine Orchidee der DDR-Geschichtswissenschaft. Aber kann man dies gleichermaßen etwa von Engelbergs Lehrbüchern, von seinen theoretischen und methodischen Aufsätzen behaupten? An jede Biographie ließe sich eine solche Frage stellen – Schreiner etwa konnte außer Parteipropaganda erst gar nichts vorlegen -, doch sie führt immer nur wieder zu der Feststellung, daß es Keßler an der nötigen kritischen Distanz fehlt. Vielleicht benötigt er diese auch gar nicht, da er sich gleich seinen porträtierten Personen zum Sozialismus/Kommunismus bekennt und es tief bedauert, daß es diesmal nicht richtig geklappt hat. Sein Buch will nämlich auch ermuntern, nicht aufzugeben und einen neuen Versuch vorzubereiten.

Martin Sabrow treiben solche Erweckungsmelodien nicht um. Er will sachlich, kritisch und distanziert analysieren, wie es kam, wie es wurde und warum es so kam. Seine Ausgangsthese ist dabei so verblüffend wie überraschend: Die DDR-Geschichtswissenschaft zeichnete eine „Normalität“ aus, eine „unsensationelle Alltäglichkeit“, „mit der sich die Abkopplung von der nicht-marxistischen Fachtradition in der DDR vollzog“. Es entwickelte sich eine „zweite deutsche Geschichtswissenschaft“.

Natürlich gab es eine „unsensationelle Alltäglichkeit“, die existiert auch in jedem Zuchthaus. Für Sabrow ist vielmehr entscheidend, daß wir es in der DDR mit einer „Konsens-Diktatur“ zu tun hatten, „die die Einigkeit von Herrschenden und Beherrschten immerfort von oben proklamierte und von unten akklamieren ließ“. Das schärfste Instrument der diktatorischen Herrschaft, so Sabrow, war nicht die Repression, sondern das Einverständnis. Vor diesem Hintergrund wird für den Potsdamer Historiker die Beschäftigung mit der DDR-Geschichtswissenschaft nur zum Vehikel, um allgemeine Aufschlüsse über Staat und Gesellschaft in der DDR zu erlangen. Das ist legitim und anregend. So untersucht er ausführlich die Entwicklung der Geschichtswissenschaft am Beispiel des Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften (bis 1969). Das ist sehr aufschlußreich, und Sabrow gelingt es überzeugend, diese Geschichte darzustellen und treffend zu analysieren. So sehr ihm dies gelungen ist, so sehr drängt sich aber die Frage auf, ob ein solches Institut und die DDR-Geschichtswissenschaft überhaupt die geeignete Folie bilden, um auf die viel weitergehenden Fragen Antworten zu finden. Sabrow hätte wenigstens nach Rekrutierungsbedingungen und –mechanismen für die DDR-Geschichtswissenschaft Ausschau halten müssen. Denn dann wäre ihm aufgefal-

len, daß die Tore von Klio in der DDR nicht meilenweit geöffnet waren, sondern nur enge Spalten existierten, an denen die Ideologiewächter genau kontrollierten, wer hinein darf und wer nicht. Martin Sabrow sieht in seiner Analyse eben gerade nicht, daß es einen Unterschied ausmachte, auf dem Führungsdeck mitzusteuern, im Rumpf zu rudern oder gar in kleinen, seeuntüchtigen Booten ausgesetzt worden zu sein. Und nur weil Sabrow gerade noch Kommunikationsstränge auf der Brücke und ein wenig angedeutet zwischen der Brücke und den Mannschaften auszumachen in der Lage ist, übersieht er die zerstörte Kommunikation zwischen Mitmachern und Verweigerern. Mit Blick auf die DDR-Geschichtswissenschaft ist das Phänomen der Verweigerung tatsächlich ein randständiges Problem, dafür sorgten die Selektionskriterien. Aus der Perspektive der Gesellschaft aber und im Hinblick auf Aussagen über diese Gesellschaft wird man nur an der Oberfläche kratzen können, wenn man Opposition und Verweigerung nicht als Alltagsphänomene und Lebensweisen in den Blick nimmt. Insofern stellt Sabrows Buch eine sehr gelungene Untersuchung zur DDR-Geschichtswissenschaft dar und gleichzeitig sind die allgemeinen, auf die gesamte Gesellschaft hinweisenden Thesen wenig überzeugend. Es mögen manche in diesem Buch durchaus einen wichtigen Beitrag zu dem „Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR“ erkennen. Die Frage ist nur, ob es dieses Paradoxon wirklich gegeben hat oder ob es nicht nur eine nachgereichte Erklärung für Fehlwahrnehmungen ist, die vor 1989 dominierten und seit 1990 als wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse fröhlichen Urstand feiern. Wie dem auch sei, Martin Sabrow hat eine instruktive akademische Arbeit vorgelegt, die viele Fragen aufwirft. Wer aber Fragen aufwirft, trägt entscheidend zum künftigen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn bei. Insofern hat der Potsdamer Historiker ein

bemerkenswertes und anregendes Buch verfaßt.

*Ilko-Sascha Kowalczyk*

**Andreas Hilger, Ute Schmidt, Günther Wagenlehner (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953, Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 2001, 441 S., 41 Euro**

Der „Ukas 43“ war nach sowjetischem Rechtsverständnis die Grundlage für die Verurteilung von 20.035 deutschen Kriegsgefangenen. Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hat in seiner Datenbank bislang 31.284 Urteilsprüche sowjetischer Gerichte gegen deutsche Kriegsgefangene erfaßt. Insgesamt soll es zwischen 1941 und 1953 rund 34.000 derartige Verurteilungen gegeben haben. Die Initiative für den Befehl (Ukas) 43 ging von Stalin persönlich aus. Er beauftragte im Frühjahr 1942 mehrere Rechtsexperten mit der Ausarbeitung eines Dekrets „Über Maßnahmen zur Bestrafung der deutsch-faschistischen Übeltäter, die der Ermordung und Mißhandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der gefangenen Rotarmisten schuldig sind, sowie der Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern und deren Helfershelfern“. Der daraufhin unter Federführung des ZK-Sekretärs Malenkov erarbeitete Entwurf sah ursprünglich für sowjetische Kollaborateure, die nicht durch andere Gesetzesregelungen zu Gefängnisstrafen verurteilt werden konnten, die öffentliche Auspeitschung mit 50 bis 100 Rutenhieben vor. Stalin strich diese traditionell zaristische Strafe aus dem Entwurf, ersetzte sie durch 15- bis 20jährige Haftstrafen und ließ den „Ukas“ am 19. April 1943 von seinem Politbüro formell beschließen. Am folgenden Tag, dem vierundfünfzigsten Geburtstag seines feindlichen Bruders Adolf Hitler, setzte er in seiner Funktion als Volkskommissar für Verteidigung dann den Ukas 43 in

Kraft. Das Dekret blieb Zeit seiner Anwendung ein Geheimbefehl, der nie veröffentlicht wurde.

Die ersten Prozesse nach dem Ukas 43 richteten sich gegen sowjetische Kollaborateure. Bis zum Kriegsende wurden über 29.000 von ihnen abgeurteilt. Die Zahl der nach dem Befehl verurteilten Deutschen bewegte sich im gleichen Zeitraum nur bei wenigen Hundert. Allerdings hatte sich die Hinrichtung von drei deutschen Kriegsgefangenen und einem sowjetischen Staatsbürger, die im Dezember 1943 in Charkow nach Artikel 5 des Ukas erfolgte, dank der sowjetischen und deutschen Propaganda wie ein Lauffeuer unter den in Rußland eingesetzten Wehrmachtseinheiten verbreitet. Artikel 5 des Ukas 43 sah die öffentliche Erhängung der Verurteilten vor, ihre Körper sollten „einige Tage am Galgen bleiben, damit alle wissen, wie bestraft wird“.

Wie Andreas Hilger, Nikita Petrov und Günther Wagenlehner in ihrer Analyse der sowjetischen Verurteilungen nach Ukas 43 nachweisen, erfolgte die Anwendung dieses Dekrets gegen deutsche Kriegsgefangene nach dem Ende des Krieges aus unterschiedlichen Motiven der sowjetischen Siegermacht. In den Massenverurteilungen von 13.910 Kriegsgefangenen, die zwischen dem 1. November 1949 und dem 31. August 1950 erfolgten, ging es beispielsweise neben der Bestrafung von tatsächlichen oder vermeintlichen Kriegsverbrechern der sowjetischen Militärgerichtsbarkeit vor allem darum, „Reaktionäre“ und „Revanchisten“ von der Heimreise nach Deutschland auszuschließen. Über vierzig Jahre nach dem Erlaß des Dekrets - im September 1983 - setzte der stellvertretende Verteidigungsminister der Sowjetunion, Marschall Sokolow den Ukas 43 außer Kraft.

Günther Wagenlehner hat das, worüber er im vorliegenden Band mit Objektivität und Distanz schreibt, selbst erlebt. Am

21. Juni 1951 verurteilte ihn ein Militärtribunal im Bezirk Donez zu fünfundzwanzig Jahren in einem „Besserungslager“. Wagenlehner hatte sich als Sprecher einer Gefangenenrevolte zunächst erfolgreich für einen Kameraden eingesetzt, der im Karzer mißhandelt worden war. Am Ende aber verurteilte man ihn gemeinsam mit zwei anderen Kriegsgefangenen wegen Bildung einer „antisowjetischen Gruppe“ und Herbeiführung eines ‚Massenaufstandes‘. Wagenlehner, der zu den „Spätheimkehrern“ der fünfziger Jahre gehörte, wurde 1996 von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Er gehörte seit seiner Rückkehr aus der Sowjetunion zu den Pionieren einer systematischen Erforschung der Kriegsgefangenengeschichte.

Friedrich-Christian Schroeder befaßt sich in seinem Beitrag mit dem „Sowjetrecht als Grundlage der Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene“. Schroeder kommt zu dem Ergebnis, daß im Rahmen der sowjetischen Strafverfahren gegen deutsche Kriegsgefangene schwerste Menschenrechtsverletzungen verübt worden sind. In den Verfahren kam bis auf wenige Ausnahmen, in denen das Kontrollratsgesetz Nr. 10 Anwendung fand, nicht internationales, sondern innerstaatliches sowjetisches Straf- und Strafprozeßrecht zur Anwendung. Dieses Vorgehen ist – weil die zur Anklage gebrachten Verbrechen auf sowjetischem Territorium verübt wurden - im Prinzip rechtmäßig und entspricht internationalen Konventionen. Allerdings erfolgte die harten Verurteilung zu einem erheblichen Teil nicht wegen der zu Kriegszeiten begangenen Verbrechen, sondern es kamen Straftaten zur Anklage, die während der Kriegsgefangenschaft begangenen worden sind. Deswegen ist in der Fachliteratur diesbezüglich inzwischen nicht mehr von „Kriegsverbrecherprozessen“ die Rede, sondern von „Strafverfahren gegen deutsche Kriegsgefangene“. Im allgemeinsten Sinne behandelte die stalinisti-

sche Willkürjustiz die deutschen Kriegsgefangenen nicht anders als Millionen von Sowjetbürgern, die in ihre Fänge geraten sind. Friedrich-Christian Schroeder weist allerdings nachdrücklich darauf hin, daß die Kriegsgefangenen „zu einer der Menschengruppen gehörten, die diese Willkürjustiz in besonderer Weise erlitten“ haben.

Am 5. Mai 1950 gab die Sowjetunion den Abschluß der Repatriierung deutscher Kriegsgefangener bekannt. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Familien von über einer Million vermißten Wehrmachtssoldaten noch keine Kenntnis über das Schicksal ihrer Angehörigen. Andreas Hilger belegt anhand von sowjetischem Quellenmaterial, daß sich Anfang 1949 noch über 430.000 deutsche Gefangene in der Sowjetunion befanden. Sie wurden entgegen der alliierten Vereinbarungen zurückgehalten, weil sie als Arbeitskräfte nicht kurzfristig ersetzbar waren und weil sie, wie Hilger schlüssig nachweist, sich aus sowjetischer Sicht als „Faustpfand im Kalten Krieg“ nutzen ließen. Um insbesondere letzteres mit rechtlich abzusichern, verurteilte die sowjetische Justiz vom 1. November 1949 bis zum 31. August 1950 insgesamt 16.587 deutsche Kriegsgefangene. Nur 314 von ihnen erhielten ein Strafmaß, das geringer ausfiel als eine fünfundzwanzigjährige Haft in einem „Besserungsarbeitslager“. Bei Hilger ist nun nachzulesen, wie sich der komplizierte Prozeß vollzogen hat, der schließlich, als die Regierung Adenauer die diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR aufnahm, mit der „Lösung der Kriegsgefangenenfrage“ endete. Als Adenauer im August 1955 Moskau besuchte, liefen die Vorbereitungen zur Rückführung der letzten rund 9.600 deutschen Verurteilten in sowjetischem Gewahrsam auf Hochtouren. Hilger vermutet, daß die gesonderte Übergabe von 749 Gefangenen an die DDR und die Bundesrepublik, die als nichtamnestierte „Kriegsverbrecher“ eingestuft

waren, nur propagandistisch den Bedeutungsverlust verbrämen sollte, der eintrat, als die bis dato mit strafpolitischen Erwägungen über die Sühne von Kriegs- und Gewaltverpflichtungen begründete fortdauernde Inhaftierung von Kriegsgefangenen so plötzlich endete.

Ute Schmidt widmet sich in ihrer detaillierten Untersuchung dieser Gruppe der 749 „Nichtamnestierten“. Die DDR übernahm – entsprechend dem Familienwohntort – 272 Männer und drei Frauen, die übrigen trafen im Januar 1956 in der Bundesrepublik ein. Das DDR-Kontingent war unter schwerster Bewachung schon im Dezember 1955 direkt in das Zuchthaus Bautzen überstellt worden. Nach vier Monaten kamen die meisten Inhaftierten in aller Stille frei. Die DDR-Justiz hatte von der Sowjetunion keine gerichtsverwertbaren Unterlagen erhalten, um neue Verfahren gegen diese „Schwerstkriegsverbrecher“ einzuleiten. Auch in der Bundesrepublik entließen die zuständigen Ermittlungsbehörden die meisten „Nichtamnestierten“ nach einer Befragung durch die Staatsanwaltschaft. Gegen die Überlebenden des KZ-Lagerkommandos von Sachsenhausen, die sich unter den „Nichtamnestierten“ befanden, leiteten die Ermittlungsbehörden jedoch Gerichtsverfahren ein, die Ende der fünfziger Jahre mit der Verhängung von langjährigen Haftstrafen abgeschlossen worden sind.

Der Sammelband des Hannah-Arendt-Instituts über die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener durch sowjetische Militärtribunale hat eine Forschungslücke auf profunde Weise geschlossen. Die Autoren bewegen sich dabei in aller gebotenen Sachlichkeit auf dem Feld einer zeitgeschichtlichen Tabuzone der Totalitarismusforschung. Ohne Zweifel gab es unter den deutschen Kriegsgefangenen Kriegsverbrecher. Doch für die stalinistische Willkürjustiz war die Überführung und Bestrafung der tatsächlich Schuldigen von nachrangiger Bedeutung.

„Schuldige“ fand man, wenn es nötig war, immer. Eine Unschuldsvermutung kam nämlich für deutsche Kriegsgefangene per se nicht in Betracht. Schließlich verdeutlicht der vorliegende Band jedoch unausgesprochen noch ein Weiteres. Er zeigt, welchem Schicksal die größte Zahl derjenigen Kriegsgefangenen entgangen ist, die sich zur Zusammenarbeit mit der Roten Armee und den deutschen Kommunisten im Nationalkomitee freies Deutschland bereit fanden.

*Jochen Staadt*

**Mußnug, Dorothee: Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946-1990, Berlin 2001, Duncker und Humblot (Zeitgeschichtliche Forschungen; Bd. 9), 247 S., 39,- Euro.**

Die alliierten Militärmissionen in Deutschland haben in den über vierzig Jahren ihrer Existenz meist im Verborgenen geblüht. Deutschlandpolitisch Interessierte wußten zwar, daß es sie gibt. Ihre Rechtsgrundlagen waren aber im genauen Wortlaut lange Zeit nicht einmal der Bundesregierung bekannt. Erst jetzt werden die drei einschlägigen Abkommen der Sowjetunion und der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in dem hier anzuzeigenden Werk im Zusammenhang und mit Quellenangabe veröffentlicht. Entsprechend bescheiden ist die bisher zu diesem Thema veröffentlichte Literatur. Einschlägige Monographien, darunter Erinnerungen von Angehörigen der Missionen in Potsdam, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Der durchschnittliche Westberliner wurde an die Existenz der Missionen allenfalls dann erinnert, wenn er bei einem Ausflug an die Glienicker Brücke erlebte, wie sich plötzlich zu seiner Verwunderung der Schlagbaum auf der Potsdamer Seite hob und offensichtlich westliche Uniformträger in Autos mit seltsamen Kennzeichen die Brücke passierten. Wer allerdings in die DDR reiste, stieß

auf Schritt und Tritt auf riesige Schilder, mit denen in vier Sprachen den Angehörigen „ausländischer Militärverbindungsmissionen“ die Weiterfahrt verboten wurde. Eine geheimnisumwitterte Angelegenheit.

Dorothee Mußnug bringt jetzt erstmalig Licht in das Dunkel, das die Militärmissionen bisher – und zwar durchaus von allen Beteiligten beabsichtigt – umgab. Daß auch sie noch keine vollständige Geschichte der Missionen in beiden Teilen Deutschlands vorlegen kann, ist der Quellenlage geschuldet. Ihr standen vor allem amerikanische Akten sowie – besonders wichtig, weil nicht von der üblichen Aktensperrfrist betroffen – die Bestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) zur Verfügung. An ehemals sowjetische Archive kam sie eben so wenig heran wie an Akten des Bundesnachrichtendienstes. So ist es nicht verwunderlich, daß das Schwergewicht ihrer Darstellung auf den drei beim sowjetischen Hauptquartier in der DDR akkreditierten westlichen Missionen in Potsdam ruht, während die drei sowjetischen Missionen bei den Hauptquartieren der Westmächte in der Bundesrepublik in den Einzelheiten recht blaß bleiben. Immerhin hätte Mußnug noch erwähnen können, daß die sowjetische Militärmission in Baden-Baden 1979 Zufluchtsort für den gerade enttarnten MfS-Agenten Rainer Fülle aus dem Kernforschungszentrum in Karlsruhe war, der bei Glatt-eis seinem Bewacher entkommen konnte und von den Sowjets in einer Holzkiste in die DDR geschmuggelt wurde. Jedenfalls haben die sechs Missionen in Ost und West mit einem relativ kleinen Personalbestand von insgesamt etwa 120 Personen eine wichtige Rolle im Kalten Krieg gespielt und zwar als Verbindungsstellen im militärischen Bereich und damit auch als politische Seismographen, vor allem aber als legale Einrich-

tungen der Militärsplionage, deren Beobachtungen besonders für die Westmächte von unschätzbarem Wert waren. Daneben waren die Militärmissionen auch Ausdruck der bis 1990 fortbestehenden Verantwortung der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes, was natürlich die Souveränität der DDR und der alten Bundesrepublik tangierte und insbesondere das Regime in Ost-Berlin störte.

Ost-Berlin versuchte immer wieder, die Bewegungsfreiheit der Missionsangehörigen in der DDR durch eigenmächtige Ausdehnung der sowjetischen Verbotgebiete zusätzlich zu beschränken. Hier reagierten die Westmächte aber eindeutig: Sie akzeptierten nur Sperrgebiete, die von den Sowjets eingerichtet und offiziell gegenüber den Militärmissionen notifiziert wurden. Verbotsschilder der DDR wurden grundsätzlich ignoriert. Gab es Schwierigkeiten mit DDR-Beamten, wurde auf der Hinzuziehung sowjetischer Offiziere bestanden, was häufig zu stundenlangen Verzögerungen führte. Dennoch machte dieses Verhalten Sinn, weil man als Druck- und Reaktionsmittel gegenüber der Sowjetunion immerhin die Möglichkeit hatte, Gleiches mit Gleichem im Westen zu vergelten. Allerdings wurde die Einrichtung von Sperrgebieten im Westen wesentlich lässiger gehandhabt. Vor allem nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und der Einrichtung der Botschaft in Bonn 1956 hatte zum Beispiel die ursprünglich verfügte generelle Sperrung des linksrheinischen Raums für die Angehörigen der sowjetischen Militärmissionen kaum noch einen Sinn.

Daß der Kalte Krieg jederzeit hätte in einen heißen umschlagen können, wird auch an den Erlebnissen der in Potsdam stationierten alliierten Soldaten deutlich, die einen Großteil ihrer Arbeitszeit in der DDR herumreisend und Nachrichten sammelnd verbrachten. Dabei kam es

immer wieder zu teilweise schweren Zwischenfällen mit Schußwaffengebrauch sowjetischer und DDR-deutscher Kräfte gegenüber den unbewaffneten Angehörigen der westlichen Missionen und vor allem zu zahlreichen inszenierten angeblichen Verkehrsunfällen. Verwundete und Tote waren zu beklagen. Dennoch taten die Westmächte alles, was in ihren Kräften stand, um den Sowjets keinen Vorwand zu liefern, die Missionen zu schließen. Die nachrichtendienstlich relevanten Erkenntnisse waren einfach zu wertvoll. Und da die Sowjets das offenbar ähnlich sahen, endete die Arbeit aller Missionen erst Ende 1990 mit der Wiedervereinigung.

Dorothee Mußnug liefert eine sorgfältig recherchierte und trotz der vielen englischen Originalzitate aus den Akten manchmal sogar spannende Darstellung. Ein besonderer Vorzug ihres Buches sind die Verknüpfungen der Tätigkeit der Militärmissionen mit anderen Ereignissen der Berlin- und Deutschlandpolitik wie dem Mauerbau und dem Mauerfall oder den inzwischen fast vergessenen Problemen mit der Exklave Steinstücken. Als Ergänzung mag zum Schluß noch aus der Erinnerung des Rezensenten erwähnt werden, daß die Angehörigen der Missionen in Potsdam bei ihren Reisen nicht nur militärische Erkenntnisse sammelten sondern auch allgemein für die DDR-Kunde relevantes Material lieferten, indem sie vor Ort Exemplare der Bezirks- und Kreispresse aufkauften, die man – im Gegensatz zur überregionalen Presse der DDR – im Westen nicht abonnieren konnte. Für das Gesamtdeutsche Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben waren diese Zeitungen über Jahre hinweg eine wertvolle und ergiebige Quelle.

*Detlef Kühn*

**Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945 – 1953, Klartext-Verlag, Essen 2001, 625 Seiten, 65,- Euro**

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die größte Massenorganisation im SED-Staat, gehört zu den Randthemen der Forschung nach 1990. Kritisch merkt dies Helke Stadtland in der Einleitung ihrer Dissertation an, die an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum entstand und u.a. von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Eine Forschung zum FDGB sei durch die schnelle Renaissance von Totalitarismus-Konzepten seit 1989/90 behindert worden. Die akademische Karriere im festen Blick, versammelt sie zur Begründung ihres sozialgeschichtlichen Ansatzes alle künftigen Gutachter in Berufungsverfahren um die Fragwürdigkeit einer auf die Totalitarismus-Konzeption gestützten DDR-Geschichtsschreibung nachzuweisen. Sie dagegen bezieht sich auf die Ansätze einer Sozialgeschichte der SBZ/DDR, die bereits die „Grenzen der Diktatur“ aufgezeigt hat. Es folgen die Begriffsschöpfungen von Konrad Jarausch, von einer „Fürsorgediktatur“. Jürgen Kockos „durchherrschte Gesellschaft“ darf ebenso wenig fehlen, wie der nicht ganz so präzise Begriff von Wolfgang Engler von der „Aushandlungsgesellschaft“. Aber die Krönung ist das Bild von Detlef Pollack, der als Soziologe die donnernde Erkenntnis verbreitet, daß die DDR als eine „konstitutiv widersprüchliche Gesellschaft“ aufzufassen ist. Nach der Abgrenzung erfolgt die eigene selbstgewisse Positionsbestimmung: „Sozialgeschichtliche Studien – und nur in solchen ist der FDGB ein wirklich bedeutendes Untersuchungsobjekt – haben mit komplexen Fragen zu tun, deren Bearbeitung viel Zeit erfordert.“ Beipflichten muß man der Autorin, daß bislang die Erforschung

der Sozialgeschichte der Arbeiter in der DDR vernachlässigt wurde. Die Spezifik einer sozialgeschichtlichen Untersuchung des FDGB beinhaltet, daß sowohl die Führung wie die Basis in ihrer Interaktionsbeziehung in den Blick genommen wird. Stadtland gliedert ihre materialreiche Untersuchung in drei Komplexe, die sich an der Gliederung bundesrepublikanischer Gewerkschaftsforschung orientieren. Es sind dies die Strukturen der Organisation, die sozialstrukturelle Untersuchung der Mitglieder und die Konfliktlinien und -typen in der widersprüchlich konstituierten Gesellschaft. Im Mittelpunkt stehen die FDGB-Verbände der Chemie- und Bergbauindustrie. Den FDGB verortet sie „gleichsam an der Schnittstelle von Herrschaft und Gesellschaft“.

Für das Bild von der „Aushandlungsgesellschaft“ ist der Untersuchungszeitraum schlecht gewählt. In diesen Jahren geht es weniger um die Grenzen als um die Durchsetzung der Diktatur in der SBZ. Ganz selbstverständlich geht Stadtland davon aus, daß die Sowjetische Militäradministration das wichtigste Instrument dieser sozialen Revolution von oben darstellt, eine genaue Bestimmung des Parteiapparates der KPD und seine Funktion für die sowjetische Deutschlandpolitik wird von ihr nicht vorgenommen. Immerhin fällt ihr auf, daß beim Aufbau des FDGB, der von SPD und KPD 1945 gemeinsam betrieben wird, die KPD-Spitze in programmatischen Fragen wesentlich kompromißbereiter war als in der Personalpolitik. Die Rolle und Bedeutung des FDGB in der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ der Wirtschaft in der SBZ und ihre Funktion im Aufbau der zentralen Verwaltungswirtschaft ist kein eigenständiger Gegenstand ihrer Untersuchung. Die „Aushandlungsgesellschaft“ in den DDR-Betrieben beginnt auch für Stadtland erst nach dem 17. Juni. Zum einen sank das Beschäftigteninteresse an der Mitarbeit im FDGB erheb-

lich und zum zweiten wurden Arbeitskonflikte nach 1953 in den Betrieben sowohl von der Werksleitung als auch den Arbeitern nach Möglichkeit unter der Schwelle ausgetragen, „von der ab sie von der SED-Führung politisiert worden wären“. Zum 17. Juni selbst liefert die Autorin viele Beispiele, daß sich der Unmut der Streikenden unmittelbar gegen den FDBG richtete und daß sich die Arbeiter der Grund- und Schwerindustrie überdurchschnittlich an Streik und Aufstand beteiligten. Dies galt vor allem für die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG). Bei den Trägergruppen des Streiks in den Betrieben setzt sich Stadtland auch mit dem Propagandabild der SED auseinander, in dem neben „RIAS-Agenten“ und Sozialdemokraten auch „Militaristen und Faschisten“ am „Putsch“ beteiligt waren. So seien unter den achtzehn „Hauptträdelsführern“ aus Leuna, Buna und der Filmfabrik Wolfen „dreizehn vormals Mitglieder der NSDAP, einer Sturmführer der Waffen-SS, drei Mitglied der SS und vier Mitglied der Schwarzen Reichswehr, sechs Berufssoldaten, vier Offiziere, zwei höhere Beamte im NS-Staat und ein Aufseher einer Strafanstalt gewesen.“

Die Autorin konstatiert, daß die Machthaber in der DDR in ihrer propagandistischen Darstellung des Streiks „nicht in allen Punkten falsch“ lagen. Aber in einer solchen Situation hilft die Sozialgeschichte weiter: „Berücksichtigt man aus welchen Altersgruppen sich die Streikleitungen vornehmlich zusammensetzten, verwundert es nicht, wenn in ihnen der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder höher als im Bevölkerungsdurchschnitt waren. Allerdings unterschlugen SED- und FDGB-Spitze, daß sie selbst es waren, die bereits einige Jahre zuvor begonnen hatten, diese Personengruppe – nicht nur gegen den Widerstand, sondern auch auf Kosten der Veteranen der Weimarer Arbeiterbewegung – zu rehabilitieren.“ Nach dem 17. Juni schrieb Bert Brecht

sein berühmtes Gedicht, in dem er fragt, ob es nicht besser wäre, wenn sich die Partei ein neues Volk wählte.

Die komplexe sozialgeschichtliche Darstellung der Frühphase des FDGB kommt im Bezug auf seine Rolle im Herrschaftssystem der DDR zu einem wenig überraschenden Ergebnis, nämlich „daß sich der Herrschaftsanspruch der Parteispitze in wichtigen Bereichen durchaus durchsetzen konnte. So gelang es dem zentralen Ausschuß in Berlin, lokale Gewerkschaftsgründungsinitiativen zu stoppen. Kommunisten erlangten im Bezug auf die Programmatik und die Besetzung der Führungsspitzen eine dominante Position. Dies wußten wir bereits vor diesem Buch, an dem den Rezensenten vor allem die Überheblichkeit gegenüber anderen Forschungsansätzen stört, deren Ergebnisse zur FDGB-Geschichte die Autorin im Bezug auf das Herrschaftssystem nur bestätigt. Der eigentliche Verdienst des Buches liegt darin, unser Wissen um die Konflikte in den Betrieben um den Wiederaufbau, dem Kampf der Arbeiter um Lohn und Leistung unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, und der hinhalten- den Widerstand gegen die Unterdrückung der Betriebsräte erweitert zu haben.

*Manfred Wilke*

**Hagen Findeis/Detlef Pollack (Hg.), Selbstbewahrung oder Selbstverlust: Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben, Berlin 1999 (Links), 19,50 Euro**

**Hagen Findeis, Das Licht des Evangeliums und das Zwielficht der Politik. Kirchliche Karrieren in der DDR, Frankfurt/New York 2002 (Campus), 39,50 Euro**

Wer waren diese oftmals merkwürdig altmodisch und doch wendig zugleich anmutenden Kirchenführer aus der DDR, über deren Anpassungsgrad an das SED-Regime in der öffentlichen Wahrneh-

mung und in einem Großteil der wissenschaftlichen Publikationen so heftig in den 90er Jahren gestritten wurde? Handelte es sich bei ihnen tatsächlich um mehr oder weniger naive, sozialismusfreundliche, aber im Herzen und Bemühen letztlich gute Hirten? Oder gab es doch die machtbewußten und deshalb so leicht verführbaren Karrieristen, deren moralische Integrität nach Offenlegung der staatlichen Akten längst zerbrochen ist und die zudem für den andauernden Glaubwürdigkeitsverlust der protestantischen Kirchen mitverantwortlich gemacht werden können?

Überzeugende und differenzierte Antworten sind darauf bislang noch nicht gefunden worden.

Den beiden zusammengehörenden Veröffentlichungen von Findeis und Pollack, die 17 geführte Interviews dokumentieren und diese in sechs ergänzenden Fallstudien analysieren, kommt daher das große Verdienst zu, die Enge und Einseitigkeit der gegenwärtigen Wahrnehmungen kirchenleitender Persönlichkeiten – die befragten Personen umfassen die Geburtsjahrgänge 1906-1936 – aufgebrochen zu haben. Erstmals wird damit der Blick frei gelegt auf die zeitgeschichtlichen Prägungen der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der DDR, unter denen sich nun die Biographien der späteren Kirchenmänner vollzogen.

Dabei werden unterschiedliche Einstellungen deutlich: Während die in der Weimarer Republik geborenen Theologen eine starke deutschnationale Gesinnung erkennen lassen, beherrscht die noch in der Hitlerjugend Aufgewachsenen später eine tiefe Skepsis gegenüber politischen Ideologien. Die Generation der ersten DDR-Aufsteiger dagegen entwickelt schon früh eine diplomatische Ader und ein eher leidenschaftsloses pragmatisches Verhältnis zur Konflikthaftigkeit der DDR, wie Hagen Findeis feststellt.

Doch trotz dieser Generationenunterschiede werden auch mentale Gemeinsamkeiten sichtbar:

Die Mehrzahl der Interviewten entstammt bürgerlichen Verhältnissen, die diese dann als einen Rest selbstinterpretierter „letzter bürgerlicher Anständigkeit“ durch die proletarische DDR hinweg zu retten versuchen. Gegenüber der alltagskulturellen Entwicklung zeigen sie sich skeptisch – das für die Bundesrepublik prägende Jahr 1968 ist bei den Befragten überhaupt nicht im Blick –, stattdessen stellen sie der Pluralisierung der Lebensstile einen ordnungs- und pflichtbestimmten Moralkodex entgegen, als deren Hüter von ihnen die Kirche gesehen wird. Kontakte zu anderen Milieus, Schriftstellern, Künstlern oder Arbeitern etwa, bestehen so gut wie gar nicht – man bleibt in den eigenen kirchlichen Kreisen. Ein weiterer Grundzug des deutschen Protestantismus tritt ebenso deutlich hervor: mit Demokratie und Menschenrechten – und nicht zuletzt mit der Freiheit – können die meisten wenig anfangen.

So entfaltet sich beim Lesen nach und nach das Bild eines ostdeutschen Protestantismus, dessen übergreifender Wesenszug vor allem in seinem Konservatismus liegt. Daß sich hiervon in den 80er Jahren die jüngere Generation immer weniger angesprochen fühlte und sich dann zunehmend alternativen Gruppen und Kreisen zu wandte, erscheint aufgrund der präsentierten Lebenskonstruktionen der meisten Kirchenführer nur allzu verständlich. Wichtig ist in diesem Zusammenhang allerdings die Frage, ob es sich hierbei vielleicht doch auch um eine gesamtdeutsche protestantische Mentalität handelt. Vergleichbare Forschungsarbeiten über Kirchenführer aus der Bundesrepublik fehlen jedoch bislang völlig.

Methodisch hervorzuheben ist schließlich das Deutungsmodell von Hagen Findeis: Er beobachtet im Verlauf der Jahrzehnte

einen Wandel von einer Haltung der Widerständigkeit hin zu einer Haltung der Anpassung. Dabei neigen seiner Meinung nach bei der Bestimmung ihres Verhältnisses zur DDR die Kirchenvertreter im Laufe der Zeit dazu, den Ambivalenzkonflikt zwischen Systemerwartungen und kirchlichen Handlungsprinzipien vor sich selbst zu harmonisieren. Findeis konstruiert dazu drei Typen: 1. Den Ethiker, der sich durch eine hohe Sensibilität für die Kluft zwischen einer Erwartung, wie die Gesellschaft eigentlich sein sollte, und der Erfahrung, daß sie seiner Erwartung nicht entspricht, auszeichnet, 2. Den Pragmatiker, der daran glaubt, nur in Kooperation mit dem System etwas bewirken zu können, und 3. Den Ästhetiker, der den Konflikt zwischen seinen Herkunftsprägungen und der ihn umgebenden Wirklichkeit überspringt und versucht, diesen mit einem sinnlich artifiziellen Weltverhältnis miteinander zu versöhnen.

Deren Lebenskonstruktionen – und als solche werden die Interviews angesehen – zeigen aber schließlich, wie mit der zunehmenden Aussichtslosigkeit ihrer Hoffnung auf eine Verbesserung des Sozialismus die Bereitschaft zunahm, ebendiese Hoffnung mit der Realität zu verwechseln.

*Katharina Kunter*

**Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 7) Berlin 2002, 598 S., 25 Euro.**

„Freiheit und Öffentlichkeit“ lautet der Titel. Und der ist offenkundig programmatisch gemeint. Dies signalisiert bereits die Vorankündigung des Verlags, wonach der Band „eindringlich“ belege, „daß die Opposition in der DDR eine demokratische Gesellschaft anstrebte“. Die Behauptung, er räume „zugleich

nachhaltig mit Legenden auf“, macht neugierig. Leider wird „Freiheit und Öffentlichkeit“ diesem Anspruch nicht gerecht. Vielmehr könnte das Buch, wenn auch wohl unbeabsichtigt, seinerseits zur Legendenbildung beitragen.

Es enthält zunächst einen gut achtzigseitigen Aufsatz des Herausgebers (inkl. einer Zusammenstellung in der DDR erschienener Samisdat-Schriften), die Aufzeichnung eines Rundtischgesprächs mit Stephan Bickhardt, Ludwig Mehlhorn, Tosten Metelka, Gerd Poppe und Reinhard Weißhuhn und ein Interview mit Roland Jahn, der seit seiner gewaltsamen Ausbürgerung im Jahr 1983 als bundesrepublikanischer Brückenkopf der DDR-Opposition agierte. Dann folgen mehr als 400 Seiten „Underground“, wobei über 60 verschiedene Texte (unterschiedlicher Qualität) erfaßt und unter den Aspekten Oppositionsverständnis, Alltag der Diktatur, oppositionelle Aktivitäten, gesellschaftliche Situation, deutsche Frage und Europa gegliedert sind. Daß so endlich ein summarischer Überblick über die Untergrundpublizistik in der DDR vorliegt, ist sehr zu begrüßen. Freilich verbindet sich damit die Frage, warum dies erst jetzt geschieht. Und möglicherweise schließt sie manche der Probleme ein, die der Rezensent mit Kowalczyks Buch hat.

Bis zum September 1989 begegnete fast das gesamte Bonner Establishment der DDR-Oppositionsszene mit einer Mischung aus Desinteresse und Herablassung. Ein Phototermin mit Honecker oder Mittag war den allermeisten Repräsentanten der Bundesrepublik wichtiger als ein Gespräch mit jenen „Amateur-Revoluzzern“, über die sich ein *Spiegel*-Artikel im Herbst 1987 mokiert hatte. "Uns ist seit langer Zeit bekannt, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, sowohl SPD als auch AL, ebenso wie die westdeutschen Grünen, ganz zu schweigen von der CDU, am liebsten mit den Herrschenden verhandeln, statt sich in unsere niederen Ebenen und dämmrigen Keller

zu bemühen", bemerkte im Juli 1989 ein Autor der *Umweltblätter*, - nach Ansicht von György Dalos (Anfang 1988) immerhin eines der „interessantesten deutschsprachigen Presseerzeugnisse der letzten Jahre“. Woher rührte dieses Desinteresse? Immerhin gehörte es etwas später zum guten Ton, sich mit einstmaligen Bürgerrechtlern zu schmücken. Eine mögliche Antwort liefern zeitnahe Kommentare, welche die Helden von 1989 höchst sperrig und ihr politisches Denken als nur bedingt verfassungskonform erscheinen lassen. Ihre „Reformkonzepte erscheinen aus heutiger Sicht illusionär, weil in ihnen kaum das Problem der nationalen Einheit, sondern eher der ‚dritte Weg‘ als tiefgreifende Reform der DDR thematisiert wurde.“ So Christof Kleßmann im Februar 1991. Ehrhart Neubert (Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990, S. 12) meinte damals sogar, „daß die schärfsten Kritiker des realen Sozialismus die treuesten Verfechter der Idee waren.“ Bei einigen Autoren geriet die DDR-Opposition davor fast zum Wurmfortsatz der SED: „East Germany’s ultimate triumph as a Leninist regime was its imposition of socialism as a quasi-national imperative even on its opponents“, behauptet Christian Joppke in seinem 1995 erschienenen Buch über „East German Dissidents and the Revolution of 1989“ (S. 29).

Von all dem ist bei Kowalczyks Textauswahl wenig zu spüren. Immerhin erklärt er, vor allem solche Publikationen berücksichtigt zu haben, „die im Umfeld der demokratischen Opposition und der Menschenrechtsbewegung entstanden sind“ (S. 12). Als solche sieht er den *Grenzfall* (und andere Veröffentlichungen) der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, *Ostkreuz*, *Kontext* und jene *radix-Blätter*, in deren Beiträgen schon Rainer Eckert (in DA 1999/5, S. 773 ff.) „das Programm einer demokratischen Revolution“ zu erkennen glaubte. Zudem verweist der Herausgeber darauf,

daß von ihm nicht erfasste Samisdat-Erzeugnisse (etwa die *Umweltblätter* oder *Arche Nova*) bereits anderweitig dokumentiert worden sind. Problematisch ist jedoch, daß er zwar (S. 12) „eine fehlende Repräsentativität für die gesamte Opposition“ einräumt, über die von ihm nicht berücksichtigten Strömungen aber kaum ein Wort verliert. Und das, obwohl diese – vor allem im Umfeld der *Umweltblätter* - seinerzeit viel wirkungsmächtiger waren als das vom Herausgeber präferierte Spektrum. Nicht umsonst kündigt Ehrhart Neuberts Standardwerk (S. 726) von der „mangelhaften Platzierung der Menschenrechtsgruppen in der Opposition“. Wie leicht aus einem solchen Vorgehen Mißverständnisse – bis hin zu Legenden - entstehen können, läßt sich an Ort und Stelle feststellen. Während Kowalczyk seine Vorabanalyse, der Tenor der von ihm ausgewählten Texte habe sich „immer weiter von sozialistischen Ideen entfernt und statt dessen allgemein auf emanzipatorische, weitgehend ideologie- und vor allem dogmenfreie, der Zivilgesellschaft verbundene Ideen und Überlegungen“ rekurriert, noch „auf ein bestimmtes Spektrum des Samisdat“ beschränkt wissen will (S. 12), bezeichnet ein Vorwort Karl Wilhelm Fricke vier Seiten weiter „die Zusammenstellung als durchaus repräsentativ“.

Und das ist sie nun wirklich nicht. So hätte bereits die Berücksichtigung des *Friedrichsfelder Feuermelders*, der seit 1997 mit 19 regulären Ausgaben und 14 *Extrablättern* erschien, ein sehr viel differenzierteres Meinungsbild ergeben. War es sein Befund, wonach „der Feuermelder linkssozialistisch und zuweilen linksdogmatisch ausfiel“ (S. 51), der Kowalczyk vom editorischen Anspruch abweichen ließ, der Öffentlichkeit vor allem ungedrucktes Material zugänglich zu machen? Die Artikel des *Feuermelders* sind bislang ebenso wenig publiziert worden wie etwa die rotzfrechen – und in

der Tat wenig FDGO-kompatiblen - Beiträge des *mOAning star*, den Aktivisten der Berliner *Kirche von Unten* seit 1985 herausgaben. Nicht untypisch war dort im Herbst 1988 eine „Jubelausgabe“ unter dem Motto „Der Strauß ist tot“.

Aber auch die Selbstverständlichkeit, mit der der Herausgeber (S. 83) der *Initiative Frieden und Menschenrechte* (IFM) einen „westlichen“ Demokratiebegriff unterlegt, ist keineswegs so unumstritten, wie seine Textauswahl glauben machen mag. Wie von Kowalczyk selbst (S. 162) dokumentiert, erschien der IFM Ende 1987 „die Etablierung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster nur schwer vorstellbar, zumal die ökonomischen Grundlagen dafür weder vorhanden noch anzustreben sind.“ Die Sonderrolle, die der *Initiative* in organisatorischer Hinsicht fraglos zukommt, lässt sich anhand ihrer Publikationen nur bedingt konstatieren. Selbiges gilt umgekehrt für den vermeintlichen „Linksdogmatismus“ des *Friedrichsfelder Feuermelders*. Möglicherweise spiegeln sich in solchen Urteilen Divergenzen, die erst nach und infolge der Wende aktuell wurden. So konstruiert Kowalczyks Angriff auf Friedrich Schorlemmer - der spricht „noch zu Beginn des Wendejahres affirmativ von ‚unserer sozialistischen Gesellschaft‘, während gleichzeitig die Vertreter der unabhängigen IFM schon westliche Ideen der ‚Rechtsstaatlichkeit und politischen Gewaltenteilung‘ als beinahe selbstverständlich proklamieren“ (S. 83) - eine politisch-ideologische Frontstellung, die sich anhand der Zeitzeugnisse nicht recht nachvollziehen läßt. Zwei Beispiele: Ohne damit Widerspruch hervorzurufen, beschrieb György Dalos die DDR-Opposition im *Grenzfall* (1988/1-12, S. 27) als „eine kleine und relativ isolierte Gruppe von Dissidenten (..), die keinesfalls eine Opposition gegen das System darstellt.“ Und in einer weiteren IFM-Veröffentlichung (*Art. 27: Für ei-*

*nen demokratischen Frieden*, S. 14 f.) beschwor Heidi Bohley eine „nationale Aussöhnung zwischen den Staatsschiffen da oben und uns, den Leuten mit einer kritischen Sicht“, dem sodann „im schöpferischen Dialog“ ein einträchtiges Vorgehen „gegen die gemeinsamen Feinde“ folgen könne. Beide Beiträge fehlen in der Sammlung. Daß sich im Fall der DDR eine klare Abgrenzung zwischen „demokratischer Opposition“ und (vermeintlich) „systemimmanenten Revisionismus“, wie ihn manche Beobachter der gesamten Oppositionsszene zuschreiben wollen, verbietet, deutet im übrigen auch Kowalczyk selbst an. Konstatiert er (S. 90) zwischen dem (laut Hubertus Knabe) „radikaldemokratisch orientierten“ *Grenzfall* und den verschiedentlich als „anarchistisch“ apostrophierten, ganz sicher aber dezidiert antikapitalistisch und überaus parlamentarismuskritisch gestimmten *Umweltblättern* doch einen „regen redaktionellen Austausch“.

„Freiheit und Öffentlichkeit“ ist fraglos ein wichtiger Beitrag zur Erhellung bislang unterbelichtet gebliebener Aspekte der DDR-Geschichte. Ein jeder, der wissen oder nachempfinden möchte, wie Widersacher des SED-Regimes fühlten, dachten und handelten, kommt, schon mangels Alternative, an dem Buch nicht vorbei. Zukünftige Leser sollten jedoch nie außer Acht lassen, daß hier nicht das Denken **der** DDR-Opposition entfaltet wird, sondern nur ein Ausschnitt desselben. Wer Genaueres wissen will, muss auch in Zukunft das Berliner „Domaschk-Archiv“ aufsuchen. „Freiheit und Öffentlichkeit“ waren zentrale Ziele der DDR-Opposition. Aber es waren nicht die einzigen. Reduziert man sie auf diese beiden Begriffe, bringt man sie um ihre Ecken und Kanten und ignoriert den Umstand, daß sich oppositionelles Aufbegehren während der achtziger Jahre nicht allein gegen die beklemmenden Gegebenheiten der späten DDR richtete,

sondern in aller Regel eine grundsätzliche, systemübergreifende Kritik an der industriezivilisatorischen Moderne einschloß. Aufmerksamen Lesern wird sich dieser „postmaterialistische“ Grundzug im oppositionellen Diskurs auch anhand Kowalczyks „demokratisch“ gesiebter Textauswahl unschwer erschließen.

*Christof Geisel*

**Ute Kätzel (Hg.), Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Rowohlt Berlin 2002, 319 Seiten, 22,90 Euro.**

„Wie weit flog die Tomate?“ Der gleichnamige Kongreß im Herbst 1998 in Berlin thematisierte im Rückblick die Rolle der rebellischen Frauen von 1968. Vor dreißig Jahren hatte die damalige ASTA-Vorsitzende Sigrid Rüger auf der SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt am Main die ewig Reden schwingenden Theoretiker mit einer Tomate attackiert und damit eine neue Ära für den Aktionsrat zur Befreiung der Frauen eingeläutet.

Es war längst überfällig, daß sich die Frauen zu Wort melden, die die Bewegung mit prägten nachdem wir soviel "Ruhmreiches" von den 68er Männern gelesen haben. Ein Sammelband versucht jetzt anhand von vierzehn Interviews damals in Berlin lebender Frauen ihr Handeln und Wirken, ihre Einschätzungen und ihr rückblickendes Fazit aufzuzeigen. Die Autorin Ute Kätzel, die als Dreizehnjährige das legendäre Jahr 1968 erlebte, fragt nach verschiedenen Aspekten des Vor- und Nachher der bewegten Zeit. Thematisiert werden die biographischen Hintergründe einschließlich der Rebellion gegen die Nazi-Eltern, die Anfänge der Revolte, das unterschiedliche Mitwirken der einzelnen Frauen im SDS, das Leben in der Kommune, aber auch ihre berufliche Entwicklung. Auffallend sind bei den meisten Befragten die detaillierten, ebenso emotionalen Schilderungen, das Nachdenken über die damaligen

Beziehungskonflikte zwischen den Geschlechtern, als auch unter den Frauen. Die Filmemacherin Helke Sander, eine der Protagonistinnen, bringt es auf den Punkt: "Wir wollten ausprobieren, wieviel Macht wir hatten". Der radikale Anspruch, mit alten Werten zu brechen und neue zu installieren beziehungsweise praktisch zu leben, überforderte sowohl Frauen als auch Männer.

"Es war eine antiautoritäre Bewegung versus autoritärer politischer Auffassungen", damit trifft Elke Rassbach den blinden Fleck der Protestzeit. Konträre Positionen herrschten nicht nur draußen in der Gesellschaft, sondern auch in den Köpfen der jungen Rebellen. Denn ihr Denken war von marxistischer Ideologie geprägt, das bis heute von den inzwischen gereiften 68ern nicht hinreichend reflektiert ist. Ein weiteres Spannungsfeld war die "ideologisierte Schwesterlichkeit", jenes fand seine Fortsetzung in vielen späteren Frauengruppen und Frauenzusammenhängen. An den neuralgischen Punkten verzichtet jedoch die Autorin auf ein Nachfragen. Die bearbeiteten Gesprächsaufzeichnungen erscheinen mitunter recht stilisiert. Wenn beispielsweise einige Frauen eingestehen, wie ihre Eltern mehr oder weniger im Nationalsozialismus verstrickt waren, kontrastiert dies mit einer sofortigen Relativierung wie bei Frigga Haug "...Aber eigentlich komme ich aus einer ganz alten kommunistischen Familie..."

Worum es den Frauen damals wahrlich ging, zeigt einer der ersten Frauensongs Anfang der 70er Jahre: "Frauen, zerreiße eure Ketten / Schluß mit Objekt-Sein in Betten / Frauen gemeinsam sind stark". Die Revolte der 68er Frauen läßt sich so am besten beschreiben. Das, was in den Siebzigern so prägnant hervortrat, hatte hier seinen Anfang. Als sie sich vom Objektstatus verabschiedeten, setzten sie sich selbst als Subjekt. Und damit waren die Machtkämpfe vorprogrammiert. Wie das im Einzelnen ablief, bezeugen die

Achtundsechzigerinnen ausdrücklich. Daß Männer forsch den Ton angaben und damit den Widerspruch von Frauen provozierten, und Frauen entweder den Widerspruch lebten oder durch mangelnde Kritik an den Männern sich den "neuen Werten" anpaßten. Auch dafür liefert das Buch beredte Beweise. Helke Sander schildert, aus welchen praktischen Notwendigkeiten sie sich als Frau wehrte und woraus ihre Idee des ersten Kinderladens erwuchs. Das Private wurde auf einmal politisch. Schließlich mußte sie genau wie viele Mitstreiterinnen vieles unter einen Hut bringen: sie war Künstlerin und politische Aktivistin, Mutter und Geliebte. Die Kinderladenbewegung, von Frauen gegründet, rief alsbald die Männer auf den Plan, die hier ebenfalls ihre Dominanz beanspruchten. Dennoch galt für manche der Slogan die Frau mit Kinderwunsch ist „Opfer der kapitalistischen Propaganda“ und Frauenpolitik ohnehin kleinbürgerlich. Wenn Gretchen Dutschke-Klotz es zusammenfaßt: "Jemanden zu lieben, war irgendwie falsch" trifft sie den Kern des damaligen Lebensgefühls.

Das Ost-West Thema kommt in dem Buch nur am Rande vor und spiegelt damit die Situation jener Zeit, denn die Mauer war letztlich kein Thema, wie Elke Regher betont und der militärische Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in Prag spielte keine Rolle. Frigga Haug als marxistische Theoretikerin muß heute eingestehen, daß sie mit Menschen aus dem Osten nicht ins Gespräch komme. Natürlich kommt es auch bei ihr zu keinen kritischen Befragen der alten linken Ideologieglaubigkeit, ebenso wie es in der Debatte um die totalitären Strukturen in der DDR seinen Niederschlag findet. Dagegen erweckt das Interview mit Erika Berthold aus Ost-Berlin den Eindruck, als ob es auch ein 68 in der DDR gegeben habe. Wenn die Autorin dies unkommentiert stehen läßt, kommen erhebliche Zweifel auf. Eine WG von Prominenten - Kindern, die unter dem Schutz-

mantel der Partei wenige Freiräume genossen, ist eben noch keine Studentenrevolte. Und die tatsächlichen emanzipatorischen Ansätze waren der staatlich verordneten Gleichberechtigung sehr fern. Solche und ähnliche Fragen läßt der vorliegende Band vermissen. Im Vergleich zu anderer Literatur ist augenfällig, daß hier die Frauen, die einmal so rebellisch waren und viele Etablierte aus den Angeln hoben, ihre eigenen Erfolge heute recht bescheiden kommentieren.

Aber wie weit konnten sich angestrebte Veränderungen durchsetzen und wo sind sie gescheitert?

Was wäre heute ohne die Bewegung von damals? Vielleicht liegt ja der Erfolg darin, daß heute nicht mehr nachzuweisen ist, wie die Anstöße für wichtige Umwälzungen von den Frauen ausgegangen sind und wie sie darum gerungen haben. Selbstverständlich gibt es in unterschiedlichen Institutionen Frauenbeauftragte, der Paragraph 218 ist längst kein Thema mehr, das Tabu der Gewalt gegen Mädchen und Frauen konnte gebrochen werden wie das gegen Homosexualität. Eine staatliche Unterstützung für allein erziehende Mütter scheint selbstverständlich zu sein, manchmal auch die partnerschaftliche Beteiligung bei der Kindererziehung. Auch die Parteien haben diese Themen zunehmend vereinnahmt, autonome Strukturen sind längst professionalisiert.

Das Buch hat einen Anfang gemacht. Die Meilensteine der Geschichte der Achtundsechzigerinnen, ihrer Phantasie, des Ideenreichtums und ihrer aktiven Rolle in dieser Zeit müssen noch gesetzt werden.

*Hannelore Offner/*

*Hildegard Weissfeld-Littelmann*

**Sascha Anderson: In meinem Inneren nichts. DuMont Verlag, Köln 2002, 302 Seiten, 19,90 Euro**

Das Buch ist Titel und Autor zugleich, das Cover präsentiert einen zerrissenen Schriftzug – „SASCHA ANDERSON“ – als stünde diese Präsentation für ein Programm. Sascha Anderson, ein Zerrissener!

Begonnen hat diese Komödie mit der Enttarnung des in der Prenzlauer-Berg-Szene bekannten hermetischen Dichters, Illustrators und Musikers durch Wolf Biermann. Dieser donnerte in seiner Dankesrede für den Georg-Büchner-Preis im Oktober 1991 öffentlich seine Verfluchung des „Sascha Arschloch“, den er der informellen Mitarbeit bei der Staatsicherheit bezichtigte.

Anderson leugnete daraufhin in aller Öffentlichkeit und wies die Anschuldigungen ab. Einem findigen Reporter gelang es, Biermann und Anderson vor laufender Kamera zu einer Gegenüberstellung zu bewegen. Biermann beschuldigte Anderson ein weiteres Mal der Zuträgerschaft und dieser explodierte, nachdem er zunächst Zigaretten rauchend daneben gesessen hatte. Biermann rede eine „Wortscheiße“ daher, so sein erregt hervorgebrachter Gegenwurf, es lägen keinerlei Belege über eine Stasi-Mitarbeit vor.

Umso gespannter waren die Leser auf das nunmehr vorliegende Prosazeugnis des Organisators der Prenzlauer Berg-Szene, der im Jahr 1986 die DDR verlassen hatte und von Ost- nach Westberlin gewechselt war.

Und selbstverständlich beginnt dieses Buch, wie alle Berichte pathologischer Fälle, mit der Kinderzeit. Von der angeborenen Kurzsichtigkeit ist symbolischwanger die Rede. Das Ganze habe aber auch ästhetische Konsequenzen – ein Gegenmodell zur klaren Wahrnehmung wird konstruiert: „Seit meiner ersten Erinnerung aber hat das Glück die

Gestalt jenes Augenblicks, der mich aus der Form zurückwirft. Zurück in eine frühe Gestaltvielfalt“. Also, Brille runter und ein Lob auf die Verwaschenheit, die nicht weiter zum Nachdenken zwingt! Zugunsten eines Gefühls wird auf Klarheit verzichtet.

Am ehesten, das muß festgehalten werden, gelingt Anderson das Festhalten mancher getupfter Bilder aus seiner Kindheit: „Der Fleischer namens Fischer in Weimar. Der Heidelbeersaft aus dem blauen Plastikbecher am Parkplatz auf der Autobahn, die aschweißen Bälle auf den aschroten Tennisplätzen der Seebäder. Der Großvater mit seinem knorrigen Wanderstecken, die windflüchtigen Föhren“. Doch Sascha Anderson war nicht wegen seiner Kindheitserinnerungen in die Schlagzeilen geraten, sondern wegen nachgewiesener Spitzelberichte an die Staatssicherheit der DDR. Und wenn dann im Text Zeilen auftauchen wie „Ich war im Moment meiner Untat aus der Welt meiner Untat verschwunden“, dann ertappt sich der Leser, verräterische Spuren bei Sascha Anderson als Spuren eines Verräters zu deuten. Man stelle sich vor, jeder Spitzel auf Erden liefere einen derartig verquasteten Bericht über seine Untaten ab und läßt sich im Klappentext von seinem Verlag auch noch durch Anzeigen präsentieren, die den redlichen Leser ratlos lassen: „Der poetische Rang von Literatur erweist sich nicht an der Moral. Die Wahrheit des Sascha Anderson will an der Wahrheit seiner Literatur ermesen werden“. Welche Hybris! Immer, wenn es im Sinne eindeutiger Semantik konkret zu werden droht, verfällt des Dichters Sprache in postmodernistische Glossolalie. Von den vermuteten 3500 Blatt Stasi-Aktenmaterial Andersons sind seit Mitte der 90er Jahre 1350 Seiten Geschwätzigkeit rekonstruiert. Mit keinem Wort erwähnt Sascha Anderson in seinen Erinnerungen, daß er selbst seinen Führungsoffizieren vorgeschlagen hat, den Wechsel nach Westberlin zu vollziehen:

„nicht um meine Zusammenarbeit mit dem mfs abzubrechen, sondern im Gegenteil kontinuierlich weiterzuführen. gerade durch meine Übersiedlung ergeben sich neue wichtige Bereiche, in denen meine über zehnjährige inoffizielle Zusammenarbeit mit dem mfs intensiviert werden kann“. Also, um dort ehemalige DDR-Bürgerrechtler besser observieren zu können.

Bei Ludwig Wittgenstein heißt es, daß man darüber schweigen soll, worüber man nicht reden kann. Sascha Anderson hat im vorliegenden Buch das zweifelhafte Kunststück fertig gebracht, weder zu reden noch zu schweigen!

*Volker Strebel*

**Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, herausgegeben von Gerd-Rüdiger Stephan und Andreas Herbst / Christine Krauss / Daniel Küchenmeister / Detlef Nakath, Karl Dietz Verlag Berlin 2002, 1488 Seiten, geb., 70 Euro**

Über die SED, so behauptet Johannes L. Kuppe im jüngst erschienenen Handbuch "Die Parteien und Organisationen der DDR" etwas vollmundig, "wissen wir spätestens seit der 1997 erschienenen enzyklopädischen Darstellung über die SED fast alles." So einfach macht es sich dieses zweite Handbuch des einstigen Parteiverlags Dietz Berlin über das Herrschaftssystem der SED, wenn es sich für den ersten - keineswegs unumstrittenen - Band selbst auf die Schulter klopft. Der galt Geschichte und Organisation der SED selbst, während der zweite Band neben ihr die übrigen Parteien und die - zum Teil in der Volkskammer vertretenen - Massenorganisationen und Verbände der DDR vorstellt. Aber auch nach seiner Lektüre wissen wir noch nicht alles - auch nicht fast alles - über diese (bis auf die Wendezeit) Teilhaber der SED bei der Ausübung ihrer Diktatur.

Gewiß: Immerhin mehr als im letzten "Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR", das noch 1985 zu Zeiten der unbeschränkten SED-Herrschaft erschien. Wer dort verzeichnet war, hat - anders als die im neuesten Handbuch mit verzeichneten Akteure der Wendezeit - nie eine Chance gehabt, an den Schranken der Parteiherrschaft über die DDR-Gesellschaft zu rütteln. Wo die verliefen, bestimmte einzig und allein die SED, auch wenn Thomas Klein in seinem Beitrag über die neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 diesen zuschreibt, sie hätten "den Basiskonsens dieser Gesellschaft verlassen". Eben dies: einen Basiskonsens der DDR-Gesellschaft hat es nie gegeben, weil sie nicht auf Konsens, sondern auf die führende Rolle der SED gegründet war, die sich gleichgeschalteter Blockparteien, Massenorganisationen und Berufsverbände als Transmissionsriemen ihrer Politik bediente. Man kann ihre Funktion auch - wie Thomas Koch im vorliegenden Handbuch - als "Sozialisationsinstanzen" beschreiben, wenn man sich mit Koch dabei bewußt bleibt, daß sie von Nomenklaturkadern der SED beherrscht wurden, deren erklärtes Ziel es war, "sämtliche personelle Entscheidungen in allen Bereichen der Gesellschaft dem Diktat der kommunistischen Staatspartei zu unterstellen."

So eindeutig wie für Thomas Koch ist die Sache nicht für alle Beiträger des Handbuchs: Johannes L. Kuppe etwa lehnt es zwar ab, "die SED aus ihrem Teil der Verantwortung zu entlassen", aber er stellt diese Verantwortung zugleich infrage: "Ist überhaupt das Bild von der distanziert, gewissermaßen wie eine Herrschaftsglocke über der Gesellschaft agierenden Partei aufrechtzuerhalten? Wenn nicht: Muß dann nicht die Frage nach der historischen Verantwortung für das Geschehene neu gestellt werden?" Eine delikate Frage, die - wenn sie nicht die SED entlasten soll - die in gesell-

schaftliche Organisationen gepreßten Mitläufer zumindest als Mitverantwortliche der SED-Herrschaft belastet. Nach dieser Logik könnten sogar aus Opfern noch Mittäter werden und ausgerechnet der Nationalsozialismus zum Entlastungszeugen der deutschen Kommunisten: Zwar seien die Nazis "immer noch böse, und vielleicht sogar böser als zuvor. Doch über das verführte Volk wissen wir jetzt auch mehr. Es trägt mehr Verantwortung für Geschehenes, als die Mehrheit in Westdeutschland in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wahrhaben wollte...Hier schließt sich die bisher kontrovers geführte Debatte über eine eigene 'DDR-Identität' an. Hat sich tatsächlich etwas Ähnliches herausgebildet?

Dann war die Gesellschaftspolitik der SED erfolgreicher als wir bisher wahrhaben wollten, dann hat diese Politik tatsächlich die Menschen erreicht."

Leider trägt das Handbuch zur Aufklärung dieser Frage wenig bei. Dargestellt werden in zahlreichen Einzelbeiträgen zwar die offiziellen Strukturen der Verbände, Parteien und Massenorganisationen und ihre Rolle im System der DDR (am klarsten und ohne jede Beschönigung von Wilfriede Otto), nicht aber die inoffiziellen Strukturen, mittels derer sie und ihre Mitglieder unter Schild und Schwert der SED gehalten wurden: Die systematische Durchsetzung gesellschaftlicher Organisationen mit Inoffiziellen Mitarbeitern und Offizieren im besonderen Einsatz, ihre Aufspaltung mittels Parteigruppen und Grundorganisationen in offizielle und inoffizielle Entscheidungsgremien, ihre Disziplinierung und Korrumpierung durch staatliche Finanzierung, der Dualismus von Ehrenamt und Apparat und die Mechanismen der Manipulation von Kandidaturen und Ämtern bis hin zu organisierten Wahlfälschungen. Gefälscht und manipuliert wurden ja nicht nur Volkskammerwahlen; jeder Gewerkschaftstag, jeder Künstlerkon-

greß, jede Präsidiumswahl wurde in Partei- und Staatsgremien konzeptionell und personell vorbereitet, Abweichungen von der "Konzeption" mit Parteiverfahren und operativen Überprüfungen durch das MfS geahndet. Die dürre Organisationsgeschichte der Verbände, Parteien und Massenorganisationen, die das Handbuch auf jeweils etwa 30 Seiten für eine Körperschaft wiedergibt, läßt davon nur wenig durchscheinen.

Kein Wunder also, daß in vielen Beiträgen die Phrase, das "Bündnis mit der SED" in Parteien und Massenorganisationen habe "sich durchgesetzt", als Erklärungsmuster variiert wird: Das klingt nach Selbsttätigkeit und politischem Meinungsstreit, die es vielleicht noch in der frühen SBZ, nicht aber in vierzig von 41 Jahren der DDR gegeben hat. Daß "die nicht ohne Zwang gebildete SED" dabei "den entscheidenden Einfluß gewonnen" habe, ist dafür eine milde Umschreibung im Vorwort der Herausgeber. Nur einige der Einzeldarstellungen geben einen klaren Eindruck davon, daß sich die wahre Geschichte der Parteien und Organisationen in der DDR hinter ihren Potemkin'schen Fassaden abgespielt hat: Etwa Detlef Hansels kurze Geschichte von Gründung und Auflösung der VVN, die sich nicht einmal der antisemitischen Kampagne der SED widersetzte und sich dennoch – wegen Titoismus - den Unmut ihrer Kontrollkommission zuzog. Oder Leonore Ansorgs Darstellung der Pionierorganisation Ernst Thälmann, die nicht verheimlicht, "daß die Pionierorganisation eine Schöpfung der Herrschenden war, die nur durch äußeren Zwang aufrechterhalten werden konnte...So verschwand sie fast unbemerkt mit der Auflösung der DDR." Damit hätte sich die Autorin allerdings schon den Tadel des Mitherausgebers Andreas Herbst einhandeln können, der in seinem Beitrag über den Deutschen Turn- und Sportbund der DDR darauf beharrt, "nicht nur vom Ende her" zu urteilen. Wo er das selber tut,

kommt er prompt zu dem Ergebnis, Leistungssportler aus der Schule des DTSB brächten "noch heute hervorragende Ergebnisse internationalen Werts für die Bundesrepublik Deutschland...Ihr Talent wurde durch systematische Ausbildung entwickelt, und es reiften Persönlichkeiten heran, die augenscheinlich mehr zu bieten haben, als es viele ideologisierende Kritiker des DDR-Sports wahrnehmen wollen." Er endet mit der These: "Das Positive im Sporttreiben - ob der Mängel - überwog." (Offenbar selbst die Wissensmängel der Herausgebers, der den Skispringer Jens Weißflog mit Weißflog buchstabiert. Kein Druckfehler, denn auch das Register des Bandes weiß es nicht besser.)

Vielleicht ist das der Grund, warum er Herbst alles Negative, was es dann doch über die Talentschmiede des DTSB zu sagen gibt, aus dem Mund seiner als Ideologen verdächtigten Kritiker zitiert, ohne eigene Erkenntnisse beizusteuern. Sollte es nicht zu denken und weiterzuforschen geben, wenn selbst der letzte DTSB-Präsident Klaus Eichler aus seiner Amtszeit als Vizepräsident unter Manfred Ewald erzählt: "Die Chefetage des DTSB glich eher einer Geheimdienstzentrale als der Leitung einer gesellschaftlichen Organisation"? Das trifft - obwohl sicher anders gemeint - vermutlich mehr zu, als es ideologisierende Apologeten des DDR-Sports wahrnehmen wollen.

Wie schon im ersten Band sind deshalb die Übersichten über Tagungen, Leitungsgremien und Biographien der Führungskader der Organisationen und Parteien wertvoller als ihre monografischen Darstellungen. Sie machen den eigentlichen Gebrauchswert des Handbuchs aus; mehr auch als der Dokumententeil mit seinen ausgewählten Grundsatzklärungen, Entschließungen, Kommuniqués, Protokollen und Gesetzestexten. Sie repräsentieren das offizielle Wirken der Parteien und Organisationen der DDR,

nicht mehr und nicht weniger. War das alles, fast alles oder fast nichts? Darüber wüßte man gern noch mehr.

*Hannes Schwenger*